

Die „Gleichheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Haus ...

Der Jahrgangspreis ... Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Gleichheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rosa Luxemburg gegen den Bolschewismus

L

In den nächsten Tagen erscheint eine Schrift, die trotz ihrer Unvollkommenheiten zweifellos das größte Aufsehen sowohl in der deutschen wie in der internationalen Arbeiterbewegung erregen wird.

Die Schrift Rosa Luxemburgs hat ihre besonderen Schicksale. Sie ist im Anschluß an jene „Spartakusbriefe“ geschrieben worden, in denen Rosa Luxemburg, die damals im Gefängnis zu Breslau interniert war, an der Außenpolitik der bolschewistischen Regierung vor und nach Brest Litowsk Kritik übte.

Von „gewisser Seite“ war dieser Broschüre, die sich im Nachlaß Rosa Luxemburgs vorfindet, der Flamentod zugebracht, und nur dem Widerstand der nächsten Freunde der Ermordeten ist es zu danken, daß dieses Vermächtnis Rosa Luxemburgs nun auch den breitesten Kreisen des deutschen und internationalen Proletariats zugänglich gemacht worden ist.

Der Standpunkt Rosa Luxemburgs ist keineswegs „antibolschewistisch“ im laudensüblichen Sinne des Wortes. Sie hält sich, wie das bei wissenschaftlich geschulten Sozialisten selbstverständlich ist, vollkommen frei von jener vulgären Demagogie der antibolschewistischen Eigen, die alles in Sowjetrußland schwarz malen, wie der offiziellen Parteikommunisten, die alles im bolschewistischen Rußland rosenrot malen.

Daß es zu dieser Karikatur gekommen ist, ist nicht nur den besonderen Verhältnissen Rußlands: der ökonomischen und politischen Unreife des Landes, der Zerrüttung durch den Krieg, dem jahrelangen Bürgerkrieg, der Blotade usw. zuzuschreiben.

Nicht durch Erzeugung einer revolutionären Situation im Land, sondern umgekehrt: nur durch Einsicht in den ganzen furchtbaren Ernst, die ganze Komplexität der Aufgaben, aus politischer Reife und ungläubiger Selbstständigkeit, aus kritischer Urteilskraft der Massen, die von der deutschen Sozialdemokratie unter verschiedensten Vorwänden jahrzehntlang systematisch erdrückt wurde, kann die geschichtliche Aktionsfähigkeit des deutschen Proletariats geboren werden.

Die Londoner Besprechungen

Die erste Begegnung

London, 19. Dezember.

Eine amtliche Mitteilung besagt: Heute früh fand eine gemeinsame Unterredung zwischen Lloyd George, Sir Robert Horne, Austen Chamberlain, Briand, Verhelot und Loucheur über allgemeine wirtschaftliche Fragen statt.

Die Besprechung Lloyd Georges mit Briand wurde um 1 Uhr vertagt. Sie wird morgen um 11 Uhr vormittags wieder aufgenommen werden, da Lloyd George heute nachmittags durch technische Besprechungen mit dem Schatzkanzler in Anspruch genommen ist.

Paris, 19. Dezember.

Der Sonderberichterstatter der Agence Havas in London meldet: Die erste Zusammenkunft Lloyd Georges mit Briand wurde um 1 Uhr nachmittags beendet. Die Besprechung war sehr herzlich und betraf Erwägungen allgemeiner Natur der weltwirtschaftlichen Lage und die hauptsächlichsten Fragen, die den Gegenstand der Besorgnis der beiden Minister bilden.

Loucheur, der im Anfang Briand unterstützte, bog ab während der Besprechung mit dem Schatzkanzler Robert Horne in das Schatzministerium, um sich mit ihm und den britischen und französischen Sachverständigen über das Programm der laufenden Besprechungen zu beraten.

In britischen Kreisen schiebt man Lloyd George die Absicht zu, an erster Stelle die Fragen des russischen Wiederaufbaus zu lösen, da er der Ansicht ist, daß dieser Wiederaufbau, wenn er verwirklicht werden könnte, einer der wichtigsten Tatsachen für die Regelung des wirtschaftlichen Gleichgewichts der Welt sein würde.

Vor einer allgemeinen Konferenz?

CC. Paris, 19. Dezember.

Der „Intransigent“ glaubt zu wissen, daß man in London von der Abhaltung einer allgemeinen Konferenz spreche, deren Tagungsort Konstantinopel sein könnte.

zusehen, ist die beste Schutzung der deutschen wie der internationalen Arbeiter für die Aufgaben, die ihnen aus der gegenwärtigen Situation erwachsen.

Unter diesen Gesichtspunkten geht Rosa Luxemburg an den Kernpunkt des russischen Bolschewismus heran: an seine Stellung zur Frage der Demokratie und der Diktatur. Sie knüpft an die Auflösung der konstituierenden Versammlung (im Jahre 1918) an, deren Einberufung bekanntlich von Lenin und Genossen bis zu ihrem Oktobertriumph gefordert, ja geradezu als Vorwand ihres Aufstandes gegen die Kerenski-Regierung gemacht wurde.

durch eine Gesellschaft von Industriellen angetragen, die später auch andere Eisenbahnlinien in den europäischen Ländern erwerben könnte um einen Trakt mit amerikanischen und englischen Mitteln zu bilden.

Der Sonderberichterstatter des „Intransigent“ in London hatte eine Unterredung mit einem hohen französischen Politiker, mit dem er die Fahrt nach London zusammen machte. Dem Berichterstatter wurde erklärt, daß man nach der letzten Londoner Konferenz geglaubt hatte, die Zahlungsbedingungen für Deutschland nun endgültig festgelegt zu haben.

CC. London, 19. Dezember.

Der „Daily Chronicle“ erklärt, daß die englische öffentliche Meinung zunächst durch die Haltung Frankreichs auf der Washingtoner Konferenz in der Abrüstungsfrage zu Lande und nunmehr wegen dessen Forderungen hinsichtlich des Schiffsraumes beunruhigt worden sei.

Rathenau privat in London?

CC. London, 19. Dezember.

Dr. Simon, der Sekretär Walter Rathenaus, äußerte sich über den Aufenthalt Rathenaus in London dahin, daß Rathenau lediglich in privaten Angelegenheiten nach London gekommen sei.

zahlreichen Mängel der bürgerlichen Demokratie an, aber trotzdem erklärt sie:

„Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trost und Leben gefunden: die Vereinfachung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Uebel, dem es steuern soll: es verschlingt nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.“

Nach dieser Ablehnung der Politik gegenüber der Konstituante, die wohl der schwerste Fehler der Bolschewisten gewesen ist, geht Rosa Luxemburg zur Kritik des von der Sowjetregierung ausgearbeiteten Wahlsystems über, das bekanntlich die Grundlage für die schamloseste Entrechtung breiter Kreise des Volkes bildet.

„Gingegen ein Wahlrecht, das eine allgemeine Entrechtung ganz breiter Schichten der Gesellschaft ausdrückt, daß sie politisch außerhalb des Rahmens der Gesellschaft stellt, während es für sie wirtschaftlich innerhalb ihres Rahmens selbst keinen Platz zu schaffen imstande ist, eine Entrechtung nicht als konkrete Maßnahme zu einem konkreten Zweck, sondern als allgemeine

Regel von dauernder Wirkung, das ist nicht eine Notwendigkeit der Diktatur, sondern eine lebensfähige Konstitution. Sowohl Sowjets als Rüdgrat als Konstituante und allgemeines Wahlrecht."

Rosa Luxemburg stellt sich demnach gerade in der entscheidenden Frage der Ausnutzung der Demokratie für die Ziele der proletarischen Revolution etwa auf denselben Standpunkt wie Kautsky, Otto Bauer, Max Adler, die stets den künstlich konstruierten Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur ablehnen und diese Fragen unter dem Gesichtspunkte der allgemeinen revolutionären Entwicklung betrachten. Sie erklärt ausdrücklich, daß sie sowohl die Sowjets, wie die Konstituante und das allgemeine Wahlrecht als notwendig erachtet (was auf die deutschen Verhältnisse übertragen, nichts anderes bedeutet, als die Anerkennung der Richtigkeit jener Taktik, die der sogenannte „rechte Flügel“ der U. S. P. unter Führung des Genossen Haase, trotz heftiger Gegnerschaft der Kommunisten — auch Rosa Luxemburgs — nach der Novemberrevolution vertrat). Sie geht aber noch weiter. Sie wendet sich heftig gegen die Abschaffung der wichtigsten demokratischen Garantien, eines gesunden öffentlichen Lebens: der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungswesens, der persönlichen Freiheit der politischen Gegner der Sowjetregierung usw. Es sei eine offenkundige, unbestreitbare Tatsache, erklärt sie, daß ohne freie ungebundene Presse, ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben gerade die Herrschaft breiter Volksmassen völlig undenkbar sei. Leidenschaftlich wendet sie sich dagegen, daß alle Gegner der Sowjetregierung als vogelfrei erklärt werden und daß nur den Anhängern der Regierung die Freiheit ihrer politischen Betätigung gewährt wird.

„Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des andern Denkenden. Nicht wegen des Fanatismus der „Gerechtigkeit“, sondern weil all das Befehlende, Heiligsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Weisen hängt und seine Wirkung verliert, wenn die Freiheit zum Privilegium wird.“

Man vergleiche mit diesen Worten die Praxis der russischen Bolschewisten, die unter dem Deckmantel der „Diktatur des Proletariats“ einen rot angestrichenen Fanatismus hergestellt haben; man vergleiche damit auch die schwülstigen und lächerlichen Tiraden der kleinen Gernegroße in der deutschen kommunistischen Bewegung und man wird zugeben müssen, daß niemals ärgere Leidenhändlung getrieben worden ist, als die unter dem Namen Rosa Luxemburgs an der Spitze der „Roten Fahne“ jenes geistige Gift in die Gehirne der deutschen Arbeiterschaft hineinzuträufeln, gegen das sich Rosa Luxemburg schon im Jahre 1918 mit aller Energie gewehrt hat.

Deutschlands Vertretung in Amerika

Wie W. T. B. erzählt, werden im Laufe dieser Tage sich die für die Vereinigten Staaten von Amerika in Aussicht genommenen Vertreter Deutschlands auf ihre Posten begeben. Bis zum Eintreffen eines Vorkämpfers ist zum Geschäftsträger in Washington der Geheime Legationsrat Lang bestimmt, der seine Auslandsaufbahn vornehmlich in den englischen überseeischen Besitztungen, vor dem Kriege zuletzt als Generalkonsul in Montreal, zurückgelegt hat.

In New York wird ein Generalkonsulat 1. Klasse errichtet, mit dessen Leitung einstweilen der Konsul für das Hafengebiet von New York, Legationsrat Kraste, beauftragt ist. Generalkonsulate werden ferner in Chicago und San Francisco eingerichtet werden, und zwar ist zum Generalkonsul in Chicago der Geheime Legationsrat Steinbach ernannt, der aus dem jährlichen diplomatischen Dienst hervorgegangen ist und zuletzt Referent in der amerikanischen Abteilung des Auswärtigen Amtes war. Das Generalkonsulat in San Francisco erhält Generalkonsul Ziegler, der vor dem Kriege Konsul in Denver war.

Konsulate sind für St. Louis und New Orleans vorgesehen unter Leitung der Konsuln Mundt und Freiherr v. Ungelle.

Die deutschen Ansiedler in Polen

Die Vorkämpferkonferenz hat in der Frage der deutschen Domänenpächter und Ansiedler in Polen eine Note an die deutsche Regierung gerichtet, in der sie mitteilt, daß sie beschlossen habe, Deutschland und Polen zur Regelung dieser Frage einzuladen, in direkte Verhandlungen einzutreten. Sollten diese Verhandlungen kein Resultat ergeben, so wird der Franzose Alphand zum Schiedsrichter bestellt. Im übrigen hat die Vorkämpferkonferenz an die polnische Regierung die Bitte gerichtet, bis zur Regelung der Frage von jeder Maßnahme, die die Lage verändern könnte, abzusehen.

Die Grenzfestsetzung in Oberschlesien

Aus Katowitz wird gemeldet:

Die Grenzkommission hat am 18. Dezember die Demarkationslinie im Oberschlesischen Industriegebiet festgelegt. Die wichtigsten Entscheidungen — von Westen nach Osten — sind folgende:

1. In Gegend Riborowitzer Hammer kleine deutsch-polnische Gebietsaustausche mit dem Ergebnis, daß die Kleinbahn Kauden-Gleiwitz auch hier ganz auf deutsches Gebiet zu liegen kommt. Riborowitzer Hammer ist deutsch geblieben.
2. Ebenso verbleiben die Delbrück-Schächte bei Deutschland. Die auf polnischem Gebiet gelegenen zur Stubenanlage gehörenden Schächte sind bis zur Bahnlinie Katoschau-Gleiwitz zu Deutschland geblieben.
3. Die Königin-Luise-Grube erhält ihre drei lebenswichtigen Schächte Glückauf, Ruda und Geora sowie ihr gesamtes Grubenfeld bis zum südlichen und östlichen Marktscheid zurück mit Ausnahme der Kolonie Glückauf, des Kirchhofes von Ruda und der Nähe von Ruda-Boremba.
4. Leider ist es nicht gelungen, Rudahammer einschließlich des dortigen wichtigen Grubenfeldes der elektrischen Bahn und des Knappheitskartells für Deutschland zurückzugeben. Die nördlich der Ortshöhe gelegenen Teile der Gemarkung Ruda (Grubenfelder vor Borzig und Schaffgotisch) sind Deutschland zurückgegeben worden.
5. Zwischen Rudahammer und Gornal-Preudschacht bildet auf Grund beiderseitiger kleiner Gebietsaustausche das Beuthener Wasser die polnische Grenze.
6. Die Anlagen des Gornal-Preudschacht sind polnisch geworden.
7. Deftlich Beuthen keine Veränderungen gegenüber der Genfer Entscheidung, so daß der auf Rosenberger Gelände liegende Teil des Wei-Scharfener Grubenfeldes deutsch geblieben ist.
8. Bei Alt-Corzele wurde die Grenze um annähernd 150 Meter von der in Polen gelegenen Andalusienbahn abgerückt, ebenso der über die genannte Bahn hinausgehende Teil des Zinkbergwerks Friedlers Glück zu Polen geschlagen. Alle übrigen Teile von Friedlers Glück sind bei Deutschland verblieben.

9. Die Neuhof-Grube mit dem Rest des Zinkbergwerks Neuhof ist Deutschland zurückgegeben worden.

10. Die weiterhin von der deutschen Delegation geforderte Rückgabe des Radzionkau-Schachtes, der Lajp-Zinkhütte und des Stroßelwalbes ist verweigert worden.

Sehnsucht nach dem Ausnahmezustand

München, 19. Dezember.

Die Aufhebung der Reichsausnahmereordnung vom 28. September hat in Bayern verstimmt, aber nicht etwa im bayerischen Volk, sondern nur in den Regierungskreisen und in der bekannten Gruppe politischer Drahtzieher, die gern wieder Konflikte mit dem Reich heraufbeschwören möchte. Die parteioffizielle Korrespondenz der bayerischen Volkspartei betont, daß sich Bayern als betrogen fühlen müsse, und daß der Reichsanwalt sich durch sein Schweigen zu dem Beschluß des Reichstages unentschuldigbar und unkorrekt benommen habe, womit er in Bayern den letzten Rest von Vertrauen verloren habe. Schließlich wird festgestellt, daß Bayern mit der Aufhebung der Ausnahmereordnung seine volle Handlungsfreiheit wieder gewonnen habe, die ganze Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande gehe nun wieder auf die bayerische Staatsregierung über und man müsse zu ihr das Vertrauen haben, daß sie im Bedarfsfalle mit den härtesten ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch mache.

Demnach ist zu erwarten, daß die bayerische Regierung mit dem Gedanken umgeht, sich bei bestehender Gelegenheit neuerdings auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 der Reichsverfassung in Bayern den Ausnahmezustand zu verhängen.

Oberland lebt

Am Sonnabend und Sonntag fand die Gedächtnisfeier des Freikorps Oberland mit dem üblichen militärischen Gepränge statt. Das Freikorps Oberland ist von rechts wegen aufgelöst, kann aber trotzdem eine militärische Feier veranstalten. Es handelt sich um dasselbe Freikorps Oberland, dessen „Selbsttaten“ in Oberschlesien bekannt sind und aus dem die Mörder von Garzitz und Erzberger hervorgegangen sind. Außerdem wurde ein Bund Oberland gegründet, der nichts anderes ist, als eine Fortsetzung des aufgelösten Freikorps Oberland. Es wäre an der Zeit, daß die Reichsregierung sich die Mühe nimmt, dieser neuen Oberland-Gründung Beachtung zu schenken.

Um das braunschweigische Kammergut

Vor der 1. Abt. Kammer des Landgerichts in Braunschweig fand am Montag der erste Termin in der Klage des herzoglichen Hauses Braunschweig-Lüneburg gegen den braunschweigischen Staat wegen Herausgabe des Kammergutes (Domänen, Wälder und Bergwerke) statt. Wie der Vertreter des braunschweigischen Staatsministeriums, Rechtsanwalt Dr. Regensburger, mitteilte, hat das Staatsministerium die Kompetenzkonflikte erhoben. Das Staatsministerium erklärt, daß es sich nicht, wie der Kläger behauptet, um eine privatrechtliche, sondern um eine öffentlich-rechtliche Angelegenheit handle, die der Entscheidung durch den Richter entzogen sei. Das Gericht konnte sich darüber, ob die Angelegenheit an den Gerichtshof zur Entscheidung von Kompetenzkonflikten abzugeben ist, nicht sofort schlüssig werden und bestimmte einen neuen Termin auf den 22. Dezember an.

Im übrigen sei bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, daß bei der braunschweigischen Verfassungsberatung, die soeben beendet wurde, von der Mehrheit des Landtags einer Erklärung des Staatsministeriums zugestimmt wurde, daß das gesamte Kammergut nicht Eigentum des vormaligen Herzogshauses ist, sondern dem Staate gehört. Ein demokratischer Antrag, mit Rücksicht auf den vom Herzog angestregten Prozeß auf Herausgabe des Kammergutes diesen Grundsatze nicht in der Verfassung zu verankern, wurde abgelehnt und in Artikel 11 ausgesprochen, daß alles Staatsgut, einschließlich des Kammergutes, Eigentum der Gesamtheit des Volkes ist.

Der Rehraus im Reichstag

Im Bericht des „Berliner Tageblattes“ über die Nachsitzung des Reichstages vom Sonnabend lesen wir:

„Ausdrücke, wie „bayerische Schandregierung“ und „Lügenzentrale“ finden auf der Rechten Erwiderungen, wie „Kalißina gegen Bayern“ und „Juden raus“, und erzeugen allmählich eine Stimmung, die unter der Mitwirkung reichlich eingeschmommener Erörterungen zu unwürdigen Szenen führt.“

Das hohe Haus befand sich also zur Feier der beginnenden Weihnachtsferien in „gehobener Stimmung“. Das haben auch wir nicht übersehen, glaubten aber, gartfühnd und verständnisvoll wie wir sind, ein Auge zudrücken und schweigen zu müssen. Da das demokratische Blatt indes dieses Schweigen bricht und zudem in einem etwas mißverständlichen Zusammenhange berichtet, möchten wir doch feststellen, daß die gehobene Stimmung nicht bei denen war, die ihrer politischen Stellung nach die Bayernwirtschaft ein Schandregiment zu nennen pflegen und auch am Sonnabend so genannt haben. Andere Leute dagegen waren sehr vergnügt.

Vom Eisenwirtschaftsbund

Die Vollversammlung des Eisenwirtschaftsbundes hatte am 18. Oktober 1921 einigen Vorschlägen des Reichswirtschaftsministers über die Abänderung der Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft vom 1. April 1920 zugestimmt. Hiernach erhält der Metallarbeiterverband künftig ein selbständiges Ernennungsrecht von Mitgliedern zur Vollversammlung. Ferner werden eine Reihe von Verbänden, die bisher im Eisenwirtschaftsbund nicht vertreten waren, darunter der Verein deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatstellenbahnen im Vereinnehmen mit anderen Verbraucherorganisationen in den Eisenwirtschaftsbund aufgenommen, ohne daß hierdurch eine Erhöhung der gesamten Mitgliederzahl eintritt. Der Reichswirtschaftsminister hat nunmehr eine entsprechende Verordnung betreffend Abänderung der Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft erlassen. Sie wird demnächst im Reichsgesetzblatt und im Reichs- und Staatsanzeiger veröffentlicht werden. Sie tritt am 20. Dezember 1921 in Kraft.

Bisher wurde das Ernennungsrecht, das der Metallarbeiterverband nun selbständig besitzt, von der Zentralarbeitsgemeinschaft ausgeübt.

Die Fernspreckgebühren

Denkschrift über die Reform des Postbetriebes

Der Reichsrat nahm am Montag zunächst Kenntnis von den Reichstagsbeschlüssen über das Gesetz betr. die Abänderungen der Post- und Telegraphengebühren und die Abänderungen des Postgesetzes und stimmte der Fassung des Reichstages zu. Für

die Fernspreckgebühren, die im Verordnungswege mit Zustimmung des Reichsrates und eines aus 21 Mitgliedern bestehenden Reichstagsausschusses festgelegt werden, ist eine Erhöhung um 80 Prozent vom 1. Januar 1922 ab bestimmt worden. Der Reichsrat stimmt dieser Erhöhung zu. Sodann lag eine weitere Verordnung über die Fernspreckgebühren vor, wobei es sich um die gleiche Erhöhung der gesamten Nebengebühren zu den Fernspreckgebühren handelt. Die Fernspreckteilnehmer sind berechtigt, Einwendungen, deren Gebühren durch diese Verordnung erhöht werden, bis zum 30. Dezember 1921 auf den 31. Dezember 1921 zu kündigen. Der Reichsrat stimmte der Verordnung zu. — Im Anschluß hieran erklärte der Reichspostminister Giesberts: Wir fühlen uns in der Postverwaltung verpflichtet, im Sinne der Wünsche des Reichsrates und der im Reichstag zum Ausdruck gekommenen Wünsche alles daran zu setzen, um die Reformen nach Billigung und Verwirklichung des Betriebes zu ermöglichen. Wir werden dem Reichsrat und dem Reichstag bei der Erörterung eine Denkschrift über die Maßnahmen vorlegen, die wir beschließen.

Die Versicherungssteuer

Der Steuerauschuß des Reichstages beschloß am Montag mit der Versicherungssteuer. Sie ist eine Steuer, die von den Prämien der Versicherungen erhoben wird, belastet also nicht die Versicherungen, sondern die Versicherten. Auch hier wiederum veruchten die Deutschnationalen die Landwirte von der steuerlichen Belastung freizumachen. Nach ihrer Meinung ist so bei Hagel- und Viehvericherung unentzählig. Ihre Anträge wurden jedoch abgelehnt. Bei der Feuerversicherung wurde der Steuerfuß für bewegliche und unbewegliche Gegenstände, abweichend von der Regierungsvorlage, einheitlich, und zwar auf je 20 M. pro 1000 M. Versicherungssumme festgelegt. Der § 5 des Gesetzes wurde in folgender Fassung angenommen: Die Steuer beträgt bei Einbruchversicherung 10 Prozent, Glasversicherung 10 Prozent, Viehvericherung 2 Prozent, Transportversicherung 3 Prozent, Schiffsversicherung 2 Prozent, Lebensversicherung 2 Prozent, Unfallversicherung 5 Prozent, Haftpflichtversicherung 5 Prozent des gezahlten Versicherungsentgelts.

Nach § 6 des Entwurfs soll die Lebensversicherung frei bleiben, wenn die Versicherungssumme nicht mehr als 5000 Mark, die versicherte Lebensdauer nicht mehr als 500 Mark beträgt. Ein Antrag der Rechtssozialisten, diese Beträge auf 30 000 Mark resp. 3000 Mark zu erhöhen, wurde gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien abgelehnt.

Genosse Soldmann (U. S. P.) wendet sich gegen die Abschaffung von Abkommensversicherungen frei zu lassen. Das sei unbillig, da es bei solchen Versicherungen nur auf Abkommensvertrag und nicht auf die Rückfrage für die Versicherten ankommt. Er forderte ferner, daß die Besteuerung der Leistungen aus der Krankenversicherung, soweit es sich um freie Hilfskassen handelt, bis zu einem höheren Betrage, als es der Regierungsentwurf vorsieht, frei bleibt. Unter Ablehnung eines weitergehenden Antrages wird beschlossen, Leistungen aus diesen Krankenversicherungen bis zu einem Geldwert von 75 Mark pro Tag steuerfrei zu lassen. Im übrigen wurde der Gesetzentwurf ziemlich unverändert angenommen.

Vorschüsse für die Beamten

Die Organisationen beraten über die Lage

Am Montag haben Besprechungen zwischen Vertretern der Regierung und den Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsarbeiter stattgefunden. Die Reichsregierung hat sich bei dieser Gelegenheit bereit erklärt, den Beamten, die nicht durch das neue Orisklassenverzeichnis eine Hebung ihrer Bezüge erfahren und darum noch keine Zahlung vor Weihnachten erhalten, in den nächsten Tagen die Hälfte des Jahresgehalts als Vorschuß auszusahlen. Für die Arbeiter sollen, wie es in den Weisungen heißt, „entsprechende Beträge“ zur Auszahlung gelangen.

Mit der Bewilligung eines Vorschusses geht die Regierung zu, daß sich die minderbesoldete Beamtenchaft in einer Notlage befindet. Trotzdem wird in Verbindung mit der oben wieder gegebenen Nachricht wiederholt betont, daß die Regierung nach wie vor ein Eingehen auf die Forderungen der Beamtenorganisationen ablehnt.

Diese Haltung der Regierung erscheint uns völlig konfus. Wenn eine Notlage da ist, dann kann sie durch eine Vorschußwirtschaft nur verschlimmert werden. Und wenn sie von der Regierung durch Vorschußzahlung anerkannt wird, dann ist es um so bössartiger und gar nicht zu rechtfertigen, wenn die Regierung gleichzeitig selbst die Verhandlungen über eine Besoldungsaufbesserung ablehnt.

Im Anschluß an die erwähnten Besprechungen mit der Regierung haben sich am Montag nachmittag die Vorstände der großen Organisationen verammelt, um sich mit der Lage zu beschäftigen. Besonders vom Deutschen Beamtenbund wurde wiederum festgestellt, daß man unbedingt an der Forderung einer Erhöhung der Grundgehälter festhalten müsse. Es wird berichtet, daß die Organisationen jetzt die Verantwortung für Komplikationen, die sich örtlich infolge der Haltung der Regierung ergeben könnten, ablehnen. Es wird geplant, daß die Beamtenverbände und Gewerkschaften in der nächsten Zeit zu einer gemeinsamen Konferenz zusammenzutreten sollen, um zu entscheiden, was zu tun sein wird, falls die Regierung an ihrem unverantwortlichen Standpunkt festhält und die Verhandlungen mit den Organisationen weiterhin verweigert.

Das Uniformtragen

Im Anschluß an den Buchholz-Prozeß, bei dem der vom Amte suspendierte Führer der ehemaligen Hundertschaft z. B., Hauptmann Stennes, in Uniform als Zeuge erschienen war, ist von uns die Frage aufgeworfen worden, ob dem Amte suspendierte Beamte der Schutzpolizei das Recht zum Tragen der Uniform besitzen.

Zu dieser Frage wird von zuständiger Stelle folgendes gemeldet: Die bestehenden Gesetze kennen keine Vorschriften über das Uniformtragen suspendierter Beamter. Bisher ist es nach der Lage des Einzelfalles im Dienstaufsichtsweg entweder das Tragen der Uniform überhaupt oder das Tragen des Helmes und das Anlegen des Dienstabzeichens für die Zeit der Amtsuspendierung verboten worden. In der Schutzpolizei ist ein gänzliches Verbot, die Uniform zu tragen, für die suspendierten Beamten besonders schwer durchführbar, weil ein großer Teil von ihnen, namentlich in den unteren Dienstgraden, überhaupt nicht im Besitz von Zivilkleidung ist. Zurzeit schwebt jedoch im preußischen Ministerium des Innern noch Verhandlungen über einheitliche Regelung dieser Frage, damit einerseits das Publikum vor dem Ansehen bewahrt werde, daß suspendierte Beamte noch zur Übernahme von Amtshandlungen befugt und verpflichtet seien, und damit andererseits unbillige Härten gegen die einzelnen Beamten vermieden werden.

Begnadigung deutscher Kriegesgefangener in Frankreich. Bis von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, sind durch ein französisches Dekret vom 15. Dezember weitere 23 deutsche Kriegsgefangene begnadigt worden. Die sofortige Durchführung des Dekrets ist veranlaßt. Die namentliche Nennung der Begnadigten wird sofort nach Eingang bekanntgegeben werden.

70 Kronen für eine Zeitungsnnummer. Mit Rücksicht darauf, daß in Wien die Papierpreise für die Zeitungen abermals bedeutend erhöht worden sind, droht eine neuerliche Steigerung der Preise der Zeitungen, so daß ein Exemplar der „Wiener Tageszeitung“, das jetzt im Durchschnitt 25 Kronen kostet, nach Neujahr auf mindestens 70 Kronen zu stehen kommen wird.

Das Defizit der Reichseisenbahnen

Gutachten der Sozialisierungskommission

Dem ersten Abschnitt des Gutachtens der Sozialisierungskommission über die Beschaffenheit des Reichseisenbahnbetriebes und über die Notwendigkeit und Art von Reformen, den wir in unserer Sonntagsausgabe zum Ausdruck brachten, folgt ein zweiter Abschnitt über das Defizit der Eisenbahnverwaltung und seine Ursachen. Er hat folgenden Wortlaut:

I.

Die bisherigen Darlegungen ergeben, daß eine Entlastung der Eisenbahn unter allgemeinen Gesichtspunkten nicht empfohlen werden kann. Auch die Prüfung des Einwurfs, das bestehende Defizit könne nur durch Uebergang der Bahn in private Hände beseitigt werden, führt zu dem Schluss, daß das Defizit auch im Staatsbetriebe in absehbarer Zeit zu beheben ist.

Der Haushaltsplan der Reichsbahnen läßt die Höhe des Defizits überhaupt nicht klar erkennen. Denn Betriebs- und Kapitalkonto sind weder im ordentlichen, noch im außerordentlichen Etat deutlich getrennt; in beiden sind große Aufwendungen enthalten, welche das Anlagekapital der Reichsbahn vermehren. Erst nach Ausschreibung der Einnahmen und Ausgaben auf Kapitalkonto könnte ein klares Bild gewonnen werden. Statistisch überliegen im Jahre 1920 die laufenden Ausgaben die laufenden Einnahmen um 87 Proz., im Jahre 1921 dagegen schätzungsweise nur noch um 32 Proz. In dieser Aufstellung ist der Schuldendienst enthalten; rechnet man ihn ab, so ergeben sich für das Jahr 1920 Mehrausgaben von 73 Proz., für das Jahr 1921 von 23 Proz. Hierzu kommt weiter, daß bei der bisherigen Gestaltung des Haushaltsplanes die großen Leistungen der Eisenbahn für Heer und Post wie auf dem Gebiet des Freifahrtwesens gar nicht oder ungenügend zum Ausdruck kamen.

Die Entstehung des Defizits

erklärt sich aus folgenden Ursachen:

1. Bis zum Kriege waren die deutschen Staatsbahnen, insbesondere auch die preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft, technisch sehr gut geleitete, wirtschaftlich prosperierende Betriebe. Im Kriege wurde das Material teils zerstört, teils in seinem Werte erheblich vermindert (zum Beispiel durch Herausnahme der kupfernen Feuerbüchsen aus den Lokomotiven), teils stark untergewirtschaftet. Der Friedensvertrag brachte den Verlust ertragsfähiger Bahnstrecken und die Abgabe des besten Teils des rollenden Materials. Auf der anderen Seite bedeutete der Krieg für die Bahnen eine fortwährende Verkleinerung. Während die Industrie in diesen Jahren in der Lage war, durch die ihr gewährten hohen Preise ihre Betriebe auf der Höhe zu halten und alle Neuanschaffungen in kurzer Zeit abzuschließen oder doch große Reserven für die notwendige Umstellung und Erneuerung ihrer Werke anzusammeln, gestaltete sich die Lage für die Eisenbahnen völlig anders. Der allgemeine Verfall der Bahnen und damit ihre Einnahmen während des Krieges wesentlich eingeschränkt werden. Die Leistungen für das Heer erfolgten aber zu Sähen, welche die Selbstkosten nicht deckten. Zu Tarifierhöhungen entschloß man sich aus allgemeinen Rücksichten erst gegen Ende des Krieges.

Analog gestaltete sich auch die Lage der Eisenbahnen in den Ländern mit Privatbahnsystem. Dort sah sich der Staat gezwungen, nach Beendigung des Krieges den Privatbahnen große finanzielle Unterstützungen zu leisten. So hat England seinen Bahnen im Krieg und für die ersten Nachkriegsjahre die Dividende der Vorkriegszeit gewährleistet, ihnen außerdem im Jahre 1921 noch weitere 80 Millionen Pfund Sterling zur Deckung der Kriegsschäden zur Verfügung gestellt. In Deutschland aber ist die Notwendigkeit, den Eisenbahnen Erlös für die ungeheuren Schäden der Kriegszeit zu gewähren, nicht in dieser offenen Form erfüllt worden, sondern durch die Zuschüsse im ordentlichen wie im außerordentlichen Haushalt, das heißt im Rahmen eines Gesamthaushalts der Reichsbahnen.

2. Die schematische Durchführung des Achtkundentages nach der Staatsumwälzung hat auf den Strecken mit schwächerem Betrieb eine Personalvermehrung von insgesamt 25-30 Prozent mit sich gebracht, die Unausbesserung eine weitere von vier Prozent. Eine anderweitige Bewertung der Dienstbereitschaft würde allein schon Personalersparnisse mit sich bringen. Die Demobilisierungsbestimmungen und die Notwendigkeit, Kriegsbeschädigte in größerem Umfange zu beschäftigen und Beamte und Angestellte aus den abgetretenen Gebieten zu übernehmen, haben zur Vermehrung des Personals beigetragen. Die Wohnungsverhältnisse sind durch die unzureichende Verteilung, Prämien, Afforde und andere Mittel zur Hebung der Arbeitsleistung waren eine Leistungsfähigkeit, Krieg und Revolution hatten Arbeitsfähigkeit, Arbeitswillen, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit des Personals vielfach verringert. Weitere Personalvermehrung ergab sich aus der Durchführung der Gesetze über die Betriebsräte und den Steuerabgaben. Endlich ist eine solche die Folge des Kahlschnittes, der Zumeisung von Koks und minderwertiger Kohle, die alle zur Verlängerung der Fahrzeit der Personenzüge zwingen. Die Höhe der Entlohnung und Befoldung geht nicht über das gebotene Maß hinaus, wohl aber hat die Notwendigkeit gleichmäßiger Behandlung des Personals bei der Verreichlichung zusammen mit dem Vorgehen einzelner Bundesstaaten unnötige Mehrbelastung bei der Einstellung der Beamten ergeben.

3. Die jährlichen Ausgaben der Eisenbahnen für Betriebsmittel und Betriebsmaterialien sind wesentlich stärker gestiegen als die persönlichen: von 1913 bis 1920 auf das 16fache gegen das 11fache. Inzwischen sind weitere bedeutende Steigerungen eingetreten; nach Angabe des Verkehrsministeriums verteuerten sich z. B. die Kohlen nach der zuletzt eingetretenen Erhöhung einschließlich der Kohlensteuer auf das 46fache, Schienen auf das 28fache, Eisenbahnwaggonen auf das 30fache, Petroleum auf das 34fache, Stabstählen auf das 46fache. Die Beschaffung der Betriebsmittel und Materialien erfolgt überwiegend zentral, da die beteiligten Industrien meist indigert sind. Nach Angabe der Eisenbahnverwaltung ist sie im rechtzeitigen Einkauf von Rohmaterialien (z. B. Öl, Kupfer) durch Staatsbestimmungen ebenfalls behindert gewesen wie in der ausreichenden Bestellung von Lokomotiven, Wagen usw.

4. Der Krieg und seine Folgen haben erhebliche Verschiebungen im Verkehr und in der Ausnutzung einzelner Strecken mit sich gebracht. Im Personen- und Güterverkehr bleibt die Zugweite die Wagenkilometerzahl noch erheblich hinter der des Jahres 1913 zurück. Die Personenzüge sind zwar härter besetzt, die Güterwagen teilweise schwerer. Der Verkehr hat aber aus verschiedenen Gründen den früheren Umfang noch nicht erreicht. Der Betriebsapparat an Personal und Fahrzeugen muß jedoch für den stärkeren Betrieb bereitgehalten werden. Hinzu kommt, daß die verlängerte Umschlagzeit der Güterwagen, zeitweilige Verstärkungen des Verkehrs sowie Verzögerungen durch schlechte Kohlen usw. erhöhten Personal- und Sachbedarf trotz geringeren Verkehrs bedingen.

5. Die Entwicklung der Tarife hat lange Zeit nicht mit der Geldentwertung Schritt gehalten. Die Einnahmen sind von 1913 bis 1921 nach den letzten Veranschlagungen auf das 10fache, die Ausgaben im ordentlichen Haushalt auf das 18fache gewachsen. Die Personentarife waren am 1. Juni 1921 auf 6½ bis 8fache, die Frachttarife ab 1. April 1921 auf das 11fache erhöht. Die Personentarife betragen ab 1. Dezember das 8. bis 10fache, die Frachttarife ab 1. November das 14½fache, ab 1. Dezember das 22fache. Rückwirkende Lohn- und Gehaltserhöhungen konnten nicht durch Tarifierhöhungen ausgeglichen, ebensowenig die steigenden Preise für Kohlen usw. sofort abgewälzt werden.

6. Die einmaligen Ausgaben der Eisenbahnverwaltung sind zurzeit außerordentlich hoch. Sie erscheinen nur zum Teil im Haushalt, da sie teils teilweise als Entschädigung für die Kriegsschäden außerhalb des Eisenbahnbudgets verbucht werden. Es handelt sich z. B. um Neuanschaffung moderner Lokomotiven zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes, um Beschaffung neuer großer Güterwagen, um Einführung der

Kunze-Knot-Bremse für Güterzüge, um Herrichtung der schwerbeschädigten Lokomotiven und Wagen, ferner um Bahnhofsneubauten und Umbauten. Auf letzterem Gebiete scheint insbesondere aus Anlaß der Verreichlichung noch manches nicht unbedingt dringliche Projekte in Angriff genommen oder über das unumgänglich notwendige Maß ausgeführt worden zu sein.

II.

Den verschiedenen Ursachen des Defizits entsprechen mehrere Gruppen von Maßnahmen zu ihrer Beseitigung.

In dieser Beziehung kann festgehalten werden, daß die Verwaltung gegenwärtig energisch bemüht ist, Besserung auf allen Gebieten zu schaffen und in letzter Zeit auch Erfolge erzielt hat.

1. Was die Wiederherstellung des durch den Krieg heruntergewirtschafteten Betriebes angeht, so kann der Rest dessen, was auf diesem Gebiete noch notwendig ist, nicht aus den laufenden Einnahmen bestritten werden, nachdem dies in den vergangenen Jahren versäumt worden ist. Es kann hierfür nur ein Zuschuß des Reiches in Frage kommen, der aber etatsmäßig klar in Erscheinung treten muß. Bei der Wiederherstellung ist größte Sparsamkeit geboten. Bei Wiederherstellung des Wagenparks und der Betriebseinrichtung muß unbedingt Einfachheit walten, manche Annehmlichkeiten kann nicht wieder gewährt, auf manches Erreichte in der äußeren Gestalt des Betriebsmaterials muß verzichtet werden.

2. Der schematische Achtkundentag ist für Verkehrsbetriebe schleunigst durch besondere, den Betriebsverhältnissen Rechnung tragende Bestimmungen im Rahmen der 8-Stundenwoche unter besonderer Bewertung der Dienstbereitschaft zu ersetzen. Das Berufsbeamtenamt mit Anstellung auf Lebenszeit und mit Pensionsberechtigung ist im allgemeinen beizubehalten. Pensionierungen und Jurisdispositionstellungen müssen erleichtert werden, damit der Personalstand an den wirtschaftlichen Bedarf angepasst werden kann. Auch ist eine Revision des ganzen Beamtenaufbaus in dem Sinne zu empfehlen, daß gewisse Kategorien aus dem Beamtenverhältnis herausgenommen werden und darüber hinaus allgemein auch die Möglichkeit gegeben ist, von Fall zu Fall für jede Art von Tätigkeit Anstellungen auf Privatdienstvertrag vorzunehmen. Prämien und Afforde sind weiter auszubauen, Mängel in den Kokslieferungen und Koksanzahlungen werden sich allmählich beseitigen lassen.

3. Eine günstige Preisgestaltung bei den sachlichen Ausgaben liegt nur in beschränktem Umfange in der Macht der Eisenbahnverwaltung. In Frage kommt außer Ausnutzung günstiger Kauf- und Bestellungsgelegenheiten Preisdruck auf die Industrie. In erster Beziehung muß aber darauf hingewirkt werden, daß bei stark schwankendem Geldwert spekulatives Vorgehen ebenso leicht Mehrausgaben als Ersparnisse mit sich bringen kann. Die Kommission begrüßt den Versuch des Ministeriums, durch Abschluß von Verträgen mit Lokomotiv- und Waggonfabriken, die eine Interessengemeinschaft zwischen dem Reich und diesen Betrieben herstellen, einen genaueren Einblick in die tatsächlichen Produktionskosten der Industrie zu gewinnen. Sie gibt aber der Meinung Ausdruck, der Preisdruck auf die Industrie könnte wesentlich erhöht werden, wenn die Eisenbahn in starkem Maße durch Eigenproduktion auf den verkehrsreichsten Gebieten Einblick auf die Preisgestaltung gewinnen würde.

4. Anpassung der Betriebsbedingungen an die Schwankungen des Verkehrs sind für ein Eisenbahnunternehmen gewiß schwierig, es muß aber viel stärker als bisher wirtschaftlich gearbeitet werden. Personalersparnisse müssen nicht nur in den Reparaturwerkstätten und Rotten der Streckenarbeiter, sondern auch durch bessere Dienstpläneinteilung und bessere Personal- und Zugmaterialverteilung geschaffen werden. Verbesserung der Verkehrsverhältnisse wird zudem eine Hebung des Verkehrs in gewissem Umfange mit sich bringen. Bei der Gestaltung des Verkehrs muß aber mehr auf die Selbstkosten, z. B. die erzielten Mehrkosten eines Nachzuges auf einer sonst nachts nicht befahrenen Strecke, Rücksicht genommen werden.

5. Die Anpassung der Tarife an eine einmalige weitere Geldentwertung muß unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gesichtspunkte schneller als bisher erfolgen, rückwirkende Erhöhungen der Ausgaben müssen möglichst vermieden werden.

6. Die Neubeschaffung von Betriebsmitteln ist nur insoweit vorzunehmen, als sie größere Wirtschaftlichkeit mit sich bringt. Bezüglich der Um- und Neubauten von Bahnanlagen ist härtere Zurückhaltung geboten, solange eine erhebliche Entwicklung unseres Verkehrs über den Friedensstand hinaus nicht gesichert ist.

Für die meisten dieser Vorschläge ist es gleichgültig, ob künftig der Staatsbahnbetrieb beibehalten wird oder ob eine Ueberführung in den Privatbetrieb eintritt. Was den Personalstand angeht, so kann hier eine wesentliche Besserung nur durch Hebung der geschäftlichen Bestimmungen erfolgen. Im übrigen würde ein zu erwartender Widerstand des Personals auch bei Privatbahnbetrieb nicht geringer sein, wohl aber würde die Personalfrage bei Entlastung der Eisenbahnen die größten und wohl kaum überwindlichen Schwierigkeiten machen, weil das Personal nicht verpflichtet ist, überzutreten, und weil umgekehrt alles nicht übernommene Personal dem Reich zur Last fiel. Die Wiederherstellung des gesamten Betriebes ist auch für den Privatbetrieb eine Notwendigkeit; Sparsamkeit kann auch vom Staatsbetrieb geübt werden. In der Beschaffungsfrage ist kaum anzunehmen, daß ein Privatunternehmen, das der großen Industrie näher stünde, günstigere Resultate bei Beschaffung von Lokomotiven, Wagen usw. erzielen würde. Bezüglich der Schlagsartigkeit in der Ausnutzung der Konjunktur ist oben bereits schlaflos, daß die Reichsbahnverwaltung darin nicht behindert gewesen ist. Was die Schwankungen des Verkehrs betrifft, so wäre auch ein Privatunternehmen genötigt, Personal und Material für härtere Verkehrszeiten bereitzustellen. Eine wirtschaftlichere Gestaltung der Betriebseinrichtung ist an sich aber auch im Staatsbetrieb möglich. Die Anpassung der Tarife an die Geldentwertung muß künftig auch beim Staatsbetrieb nicht stets gelingen.

Die Darlegungen der Sozialisierungskommission über das Defizit und seine Ursachen bestätigen vollkommen das, was von den Arbeitern und Beamtenorganisationen über diesen Punkt von jeher und vor allem schon damals ausgeführt worden ist, als die bürgerliche Presse, und zum Teil auch die Eisenbahnbehörde, die Schuld an dem Defizit noch ausschließlich der zu geringen Arbeitsleistung der Beamten und Arbeiter und anderen Umständen der Personalpolitik in die Schuhe zu schieben trachtete. Diese Feststellung ist vor allem festzuhalten.

Unter den Vorschlägen zur Beseitigung des Defizits beziehen sich einige vornehmlich auf die Personalpolitik. Vor allem ist da von einer besonderen Bewertung der Dienstbereitschaft die Rede, ein Begriff, über den schon viel gestritten worden ist. Auch wir nehmen an, daß zum mindesten bestimmte Teile des Eisenbahnbetriebes in bezug auf die Arbeitszeit anderen Bedingungen unterworfen sind, als die meisten Industriebetriebe. Aber wir möchten doch nicht verschließen, auch jetzt wieder daran zu erinnern, daß alle Änderungen des Dienstverhältnisses, insbesondere solche, die sich auf die Arbeitszeit beziehen, nur im Einvernehmen mit den Personalvertretungen vorgenommen werden können. Sicherlich ist das auch die Auffassung der Sozialisierungskommission. In einem dritten Abschnitt ihres Gutachtens, der die Frage der Reorganisation des Eisenbahnbetriebes behandelt — und wir werden ihn in einer unserer nächsten Nummern abdrucken —

berührt die Sozialisierungskommission auch die Frage der Beteiligung des Personals an den leitenden Körperschaften, die an der Spitze des reorganisierten Eisenbahnbetriebes stehen sollen. Ueber diese Hinweise hinaus muß indes bei der bevorstehenden Umgestaltung der Eisenbahnverwaltung, die auch durch das bereits im Entwurf vorliegende und von uns schon erwähnte Eisenbahnfinanzgesetz angebahnt werden soll, die Frage der Personalvertretungen in ganz großem Umfange auf das ernsthafteste mitberücksichtigt werden. Die Frage der Verwaltungsreform ist nach unserer Meinung nicht zu trennen von dem Fragenkomplex, der durch das Betriebsrätegesetz und das in Vorbereitung befindliche Beamtenrätegesetz aufgerollt worden ist. Auf die gesamte Frage, vor allem soweit sie das Interesse der unmittelbar beteiligten Arbeiter und Beamten berührt, wird noch zurückzukommen sein.

Kohlennot und Ueberfrachten

Genosse Reichstagsabgeordneter Hofmann, der als Bergmann tätig ist, schreibt uns:

In den Blättern der verschiedensten Parteierrichtungen werden kürzere und längere Artikel über die Ursachen und Beseitigung der augenblicklich bestehenden Kohlennot veröffentlicht und besprochen. Wenn man die Blätter der rechtsgerichteten Parteien liest, so findet man, daß dort immer die Bergarbeiter als die allein Schuldigen, und daß als Ursache der Kohlennot die verminderte Leistung der Bergarbeiter und die siebenstündige Arbeitszeit anzusehen sind. Ferner wird dort die Meinung vertreten, daß nur durch eine Verlängerung der Arbeitszeit oder zumindest durch Einführung von Ueberfrachten dem augenblicklichen Kohlenmangel abgeholfen werden könne. Und wiederum muß man sich, daß auch der Herr Reichs- und Staatskommissar Meiß, der doch die Verhältnisse näher kennen muß, in einem Artikel, der von der ganzen Presse gebracht wurde, dieselbe Auffassung vertritt. Denn Herr Reichs- und Staatskommissar Meiß sowie Regierung, Unternehmer und Presse wissen, daß durch Ueberfrachten augenblicklich gar nichts zu erreichen ist. Wie liegen die Verhältnisse?

Der Grund der augenblicklichen Kohlennot liegt nicht in der Förderung, sondern vielmehr in der Beförderung oder besser gesagt Nichtbeförderung der Kohle. Sehen wir uns einmal die Halbenbestände auf den Zechen vom 1. dieses Jahres an. Nach einem Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 16. dieses Monats betragen die Halbenbestände auf den Zechen im

Mai	226 000 Tonnen
August	360 000 „
und augenblicklich	900 000 „

Sollen nun die Bergarbeiter Ueberfrachten machen, um diese Bestände noch weiter zu erhöhen? Das wäre die größte Dummheit, die die Bergarbeiter begehen könnten.

Ich glaube allerdings, daß die Bergarbeiterbesitzer es gerne sehen würden, wenn die Halbenbestände sich so vermehren, daß jeder Streik von vornherein als verloren angesehen werden müßte. Weiter: sollen die Bergarbeiter Ueberfrachten machen, trotzdem sie wissen, daß auf den verschiedensten Zechen, besonders auch im Ruhrrevier Feierschichten eingelegt werden müssen (so mußte z. B. auf Zeche Solvrevier am 1. und 2. Dezember wegen Mangel an Waggons gefeiert werden), weil die Eisenbahn gar nicht in der Lage ist, die geförderte Kohle abzutransportieren.

Feierschichten und Ueberfrachten reimen sich schlecht zusammen. Wie kommt es nun, daß die Eisenbahn nicht in der Lage ist, die geförderten Kohlenmengen abzutransportieren?

Als Hauptgrund wird angegeben der niedrige Wasserstand, der eine Beförderung zu Schiff unmöglich macht. Ich gebe zu, daß zu einem großen Teil der niedrige Wasserstand mit dazu beiträgt. Aber haben wir nicht jeden Herbst die Tatsache des Wagenmangels im Ruhrrevier zu verzeichnen? Was muß geschehen, um diesem, jeden Herbst auftretenden Wagenmangel abzuwehren? Die Eisenbahn muß sich endlich der verkürzten Arbeitszeit, dem Achtkundentag anpassen. Oder glaubt die Eisenbahnverwaltung immer noch an eine Beseitigung des Achtkundentages? Fast scheint es so.

Wie kann nun dem Wagenmangel abgeholfen werden? Meiner Ansicht nach vor allem durch Anfertigung und Einstellung von mehr Waggons. Dies wird zwar von der Eisenbahnverwaltung bestritten, genau so, wie von den Arbeitgebern im Bergbau nach der Einführung der siebenstündigen Schicht bestritten worden ist, daß durch Mehrereinstellung von Wagen im Bergbau dem dazumal bestehenden Wagenmangel abgeholfen werden könnte. Aber auch die Zechenherren haben sich überzeugen müssen, daß es kein anderes Mittel gab, um dem Wagenmangel abzuwehren. Wenn heute z. B. der Wagenumlauf des einzelnen Wagens auf der Eisenbahn 6 Tage gegen 3,2 Tage vor dem Kriege beträgt, so kann man diesem dadurch bedingten Mangel an Waggons nur durch Mehreinstellung abhelfen.

Weiter mutet es einen eigentümlich an, von einer Kohlennot in Deutschland zu reden, wenn zu gleicher Zeit über die Reparationsverpflichtungen hinaus Kohlen an das Ausland geliefert werden. Besteht eine Kohlennot im Inland, so wird die Arbeiterchaft es nie verstehen können, warum nicht erst die einheimische Industrie versorgt wird, ehe man an eine Ausfuhr denkt.

Zum Schluß noch ein paar Worte über die Leistung der Bergarbeiter. Es ist eine große Beschimpfung der Bergarbeiter, wenn man in der Presse von einer Minderleistung der Bergarbeiter redet. Die Stundenleistung der eigentlichen Bergarbeiter ist gegen die Vorkriegszeit nicht etwa gefallen, sondern im Gegenteil sogar noch gestiegen. Man soll uns Bergarbeiter einmal irgend einen Versuch nennen, von dem man das gleiche sagen kann. Würden all: Volkstreu, würde besonders unsere Landwirtschaft ihre Pflicht gegenüber der Allgemeinheit so erfüllt haben wie die Bergarbeiter, so läge es in Deutschland besser aus, als es heute der Fall ist. Viel nötiger, als den Bergarbeitern Ueberfrachten zu empfehlen, wäre es, wenn die Presse den Vorwürfen entgegenwärt, den hungernden Arbeitern Kartoffeln zu angemessenen Preisen zu liefern.

kleine Nachrichten

Clemens von Delbrück gestorben. In Jena ist am Sonntag der frühere Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück gestorben. Er war Oberbürgermeister von Danzig, wurde dann Oberpräsident von Westpreußen, später preussischer Handelsminister und folgte 1909 dem zum Reichskanzler aufsteigenden Bethmann Hollweg als Staatssekretär des Reichsamts des Innern. Im Sommer 1916 schied er wegen Krankheit aus diesem Amt. Er gehörte als Politiker zu der alten konservativen Schule, trat nach der Revolution in die deutschnationale Partei ein, ohne dort eine besondere Rolle spielen zu können. Die deutschnationale und antisemitische Welle, die durch die deutschnationale Partei geht, ließ einen immerhin ersten und sachlichen Politiker wie Delbrück nicht aufkommen.

Die Immunität der Reichstagsmitglieder aufgehoben. Die Immunitätsdebatte wegen des Karlsruher-Bußschusses in der ungarischen Nationalversammlung ist zu Ende gegangen. Die Nationalversammlung beschloß mit 61 gegen 32 Stimmen, die Auslieferung der wegen Teilnahme an dem Busch verhafteten Abgeordneten an die ordentlichen Gerichte zu verlangen.

Nordstern

bringt zum Weihnachtsfeste wie immer, diesmal auch das Beste.

Schweineschmalz gar. rein . . . Pfd. 26⁰⁰
Margarine mit Buttergeschmack . . . Pfd. 27⁰⁰, 25⁰⁰, 23⁰⁰
Kunstspeisefett Pfd. 23⁰⁰

Auszugmehl Pfd. 6⁵⁰
Wiener Mehl Pfd. 6⁵⁰
Weizenmehl Pfd. 5⁰⁰
Roggenmehl Pfd. 3⁷⁵

Sultaninen ger. 1/2 Pfd. 8⁰⁰
Täglich frisch gebrannt. Kaffee 1/2 Pfd. 10⁰⁰, 10⁵⁰, 11⁰⁰
Palmbutter Pfd. 25⁰⁰

★ Filialen in allen Stadtteilen ★

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
 Maffe Meinhof
 Neues Volks-theater
 9. Dezember Str. 58.
 7 1/2 Uhr: Die Gezeiten
 Zerbrochene Krug

Staatstheater.
 Opernhaus
 (Aber Abonnement)
 Zum 1. Male
 7 Uhr: Die Vögel
 7 1/2 Uhr: Die Vögel
 9 1/2 Uhr: Fiesco

Residenz-Theater
 7 1/2 Uhr:
Das weiße Land
 7 1/2 Uhr:
Nimmere dich um Amelie
 Eugen Burg, Olga Limburg

Kleines Theater
 7 1/2 Uhr: **Jacqueline**
 (Die Liebe nach)
 Carola Tscholl, Rosa Bertens

WETSPOL
 Koenigsstr. 54.
 7 1/2 Uhr:
Riefen-Weihnachts-
Spielplan

Theater a. Kottbuscher Tor
 Tel.: 1011, 10077
 Tägl. 7 1/2, 11 u.
 8 1/2 Uhr, nach. 3. 11.
 7 1/2 Uhr:
Ellis-Sänger
 Gauthron-Konze.
 Vorkauf von 11-11 1/2 u. 4-6

61 Apollotheater 61
 Friedrichstraße 216
 Unter persönlicher
 Leitung d. Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
 Waschtagsoperette

Casino-Theater
 7 1/2 Uhr:
Der Weg zum Glück
 1. u. 2. Freitag 7 1/2 Uhr:
Martins Abenteuer

Residenz-Kasino
 Blumenstraße 10
Das Paradies
der Witwenbälle
 Nur Kundbänge

CIRCUS
BUSCH
 Tel. 71, 516, nach 3 U.
Indien
 Das Land der Träume
 Die Schlange d. Durio
 ein gemaltiger Erfolg!
 Ende Dezember-Feierabend
 (Sankt. Werth.
 u. Circusbühnen)

8 Uhr
INTERNATIONALES
 Vorles

Weihnachts-Spielplan der Meinhard-Bernauer Bühnen:

Theater i. Königgräber Str.:
 1. Feiertag, nachm. 2.30 Uhr:
 Moschauer Künstler-Th.:
Drei Schwestern
 Abds. 7.30 U.: **Manon Lescaut**
 (Maria Orska, Walter Jankow, No-
 banno Niemann, Paul Wildt, Hermann
 Picha, H. H. von Twardowski, Kuball)
 Jünger, Paul Wehkopf, Gustav Rao,
 Robert Klapp, Willy Hippel)
 2. Feiertag, nachm. 2.30 Uhr:
 Moschauer Künstler-Th.:
Brüder Karamasow
 Abds. 7.30 U.: **Manon Lescaut**
 (Befehung wie am 1. Feiertag)
 Dienstag, 27. Dez., abends 7 Uhr:
 Moschauer Künstler-Th.:
Drei Schwestern

Komödienhaus:
 An beiden Feiertagen, nachm. 3 Uhr
 (ermäßigte Preise):
Die Sache mit Lola
 Abends 7.30 Uhr:
Die Fahrt ins Blaue
 (Wika Gähner, Frieda Richard,
 Olga Engl, Ernst Brühl, Charlotte
 Andor, Heinz Otte, Ernst Fernburg)
 In
 Vorbereitung: **Karussell**
 Lustspiel in 3 Akten von Bernoulli
 (Maria Orska)

Berliner Theater:
 An beiden Feiertagen, nachm. 3 Uhr
 (ermäßigte Preise):
Das Milliardenfouper
 An den Feiertagen abends 7.30 Uhr:
 Am Dienstag, 27. Dezember:
Zum 100. Male:
Prinzessin Olala
 Fritz Maffary a. G.
 Ralph Arthur Roberts,
 Herbert Riper, Pepi Zampa

Weihnachts-Ziehung 21. u. 22. Dez.

Wohltätigkeits-Lotterie

für die Prinz-Carl-Stiftung

100000 Lose, 4000 Gew. u. 1 Prämie 1 W. Mark

100000
60000
50000
10000

Wohltätigkeits-Lose M. 3,60
 10 Lose kosten M. 36, — | Lose u. Porto
 aus versch. Taus. M. 1,25 extra

Lud. Müller & Co.
 BERLIN C 19, Jerusalemstr. 18
 Lose überall erhältlich

Theater i. d. Königgräber Str.
 Gastspiel der Mitglieder des
Moskauer Künstler-Theaters

Für folgende Aufführungen sind noch Karten zu haben:
 Morgen, Mittwoch: **Drei Schwestern**
 Donnerstag, 22. Dezember: **Brüder Karamasow**
 Freitag, 23. Dezember: **Brüder Karamasow**

Der Vorkauf für die nächste Vorstellungsbreihe beginnt
 heute an der Theaterkasse bei H. Wertheim und beim
 Verlag Lohndruck, Kankestr. 33, für:

Dienstag, 27. Dezember: **Drei Schwestern**
 Mittwoch, 28. Dezember: **Brüder Karamasow**
 Donnerstag, 29. Dezember: **Onkel Wanja**
 Freitag, 30. Dezember: **Brüder Karamasow**
 Sonnabend, 31. Dezember: **Onkel Wanja**
 Sonntag, 1. Januar: **Drei Schwestern**

Trauringe

Bukalen-Gold (900 gest.)
 333 — 385 gest.

Jede Größe am Lager. Garantie-
 scheln für gesetzlichen Goldgehalt.
 Nicht die Klokann, der Name bürgt
 für Qualität und Preiswürdigkeit.

Spezialhaus fuzenloser Trauringe
 Erich Fuhrmann, NW 87, Goltzkowskystr. 13.
 Ankauf von Gold-, Silber-, Platin-Bruch.

Trauringe

Gold-Silber-Platin Parzellen
 in Heiligensee
 bei Tegel, Berlin, sehr
 gut, Boden, gering, Anzahl.
 Abzahlung gestattet.
 Zertragsfreie, vollstän-
 dige, Berlin, Cölln, Born-
 ham 28, Tegel, Köpen-
 ick, Wilmersdorf, in Heilig-
 see, im Dorre, oder
 bei Komprecht, Reihouren
 Nordruppen, Stralower,
 a. d. Trilberde Trau-Heilig-
 see, ericht, Bahn.

Billige Spielwaren!

Wunderhüchliche
 Gesellschaftsspiele
 von 2 Bl. an
 Aquarium-Spiel,
 9 in. 10. 11. 12. 13.
 14. 15. 16. 17. 18.
 größer m. 18 1/2 in.
 2 Waquette, 12, 20.

faiperte-Theater a. M. großer 12,50 W.
 brücker Spiel 5 u. 6 W.
 Jauberartel-Comimente in allen Preislagen.
 Große Auswahl Spielwaren zu 4-er billigen Preisen.
A. Haas & Co. Berlin, Warigrauentr. 54
 drei Häuser von der Lindenstr. — Gebr. 1890.

Kapitan einmal geprobt — immer
 beliebt. Reicht, Gedächtnis;
 leicht, leicht. Zu kaufen in den
 Spielwaren-Geschäften, alle. Neue
 Verkaufsstellen richter ein;
 Generalvertrieb H. Haas & Co.
 Berlin, Lichterberger Str. 22 (Tel. 1. 1011, 1012)

Theater des Ostens
 Biedersteine
 Das Mädchen von Elzendo

Walhalla-Theater
 7 1/2 Uhr:
Jung muß man sein

Waltner-Theater
 Täglich 7.30 Uhr
Fanzgräfin

Theater
 am Hollendorflay
 7 Uhr:
Die Ehe
im Kreise

Zu noch sehr angemessenen Preisen

kaufen Sie

Seidenschals von Mk. 32. — an
Wollschals von Mk. 65. — an
Rodelgarituren (Schal und Mütze) von Mk. 135. — an

Oberhemden, Einsatzhemden, Normalhemden und Hosen,
 Seidenkrawatten und Strickbinder, Leinen und Sportwäsche
 Spez.: Dauerwäsche in bester Qualität noch sehr preiswert

bei **J. Altberg** Spezial-Haus „Kleik Welt“ **Neukölln, Bergstr. 155**
 Berlin, Oranienstr. 199 / Danzigerstr. 14

Korpuslenz
 übermäßigen Fettigkeit
 befreit, auf ungeschädliche
 natürl. Art „Graslan“
 lieber 20 Jahre mit höch-
 sten Erfolgen bewährt
 M. 15. — 5 Pak. 42. 50
 Otto Reicher, 211a, 46
 Gifenbachstr. 4.

Altmetalle
 ungeschätzbare Preise
 zahl! Badstr. 34, Hof

Gold-Silber-Platin Parzellen
 in Heiligensee
 bei Tegel, Berlin, sehr
 gut, Boden, gering, Anzahl.
 Abzahlung gestattet.
 Zertragsfreie, vollstän-
 dige, Berlin, Cölln, Born-
 ham 28, Tegel, Köpen-
 ick, Wilmersdorf, in Heilig-
 see, im Dorre, oder
 bei Komprecht, Reihouren
 Nordruppen, Stralower,
 a. d. Trilberde Trau-Heilig-
 see, ericht, Bahn.

Trauringe
 billiger
 Stets vorrätig am Lager
Trauringefabrik Inoga
 Berlin O, Grüner Weg 69
 Filiale: Dresdener Str. 31

Freiheit-Abonnement

erhalten als
Weihnachts-Prämie
 den
Ledebour-Prozess

gebunden statt 40. — Mark
 für 25. — Mark

Buchhandlung „Freiheit“
 Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Brillanten Trauringe

Uhren, Platin, Gold-
 und Silber-Bruch
kauft
 Jedes Quantum
 zum höchsten
 Tagespreis

A. Butterfaß, Berlin O
 Andreasstr. 44, Ecke Gr. Frankfurter Str.
 vis-a-vis Jandorf

Trauringe 75 M.

billiger
 bekommen Sie nur im
 ersten und einzigen
Spezial-Geschäft
Deutschlands.

Wir führen keine Uhren und Goldwaren,
 sondern nur Ringe in echt Gold von
 den einfachsten bis zu den feinsten
 Ausführungen von
 aufwärts.

In jeder Preislage und Größe vom
 Lager lieferbar,
 Verkauf direkt an Private. Garantie-
 schein für gesetzl. Goldgehalt.

Trauringefabrik G. Alb. Thal,
 Soydelstrasse 5 (am Spittelmarkt)

Ohn Salinm Trogm

Wird eine Tasse Kaffee, Tee, Kakao ufm. besonders
 wohlschmeckend. Zum Essen verwendet man verästelt
 Süßholz-Tabletten. Sie sind gut, billig und beständig.
 Eine Tablette genügt für eine Tasse.
 Schachteln mit 100 Stück R. 1,40.

Erfolgreich in Koffein- und Drogenabhängigen
 und Nerven.

Neuordnung der Krankenkassenversicherung

Heraufhebung des Krankengeldes und der Beiträge

Nachdem seit Kriegsbeendigung bereits zweimal eine Änderung des Krankenkassen-Gesetzes erfolgte, war durch die rapid gestiegene Geldwertverwertung der letzten Monate eine weitere Neuordnung des Gesetzes dringend notwendig. Einem diesbezüglichen Antrag unseres Vertreters im zuständigen Ausschuss des Reichstages wurde von allen Seiten zugestimmt. Die Regierung brachte einen entsprechenden Gesetzesentwurf ein, der nach kurzer Beratung als Initiativantrag aller Parteien in kürzester Zeit vom Reichstag beraten und in der vorigen Woche verabschiedet wurde.

Die bisherige Versicherungsgrenze

Die bisher bei einem Einkommen von 15 000 Mark eintrat, hatte es mit sich gebracht, daß der Arbeitslohn vieler Arbeitnehmerrunden diese Grenze überschritt und demzufolge nicht mehr versicherungspflichtig war. Dadurch waren für diese Kreise für den Fall der Krankheit schwere Nachteile eingetreten, da sie es größtenteils unterlassen hatten, sich freiwillig weiter zu versichern. Im Falle der Krankheit hatten sie nicht nur mangelnde ärztliche Versorgung, sondern insbesondere auch unter dem Mangel jeder Unterstützung für ausgefallenen Arbeitslohn zu leiden. Aber auch für diejenigen, die die Versicherungsgrenze nicht überschritten hatten, waren durch die Mängel des Gesetzes nur zum Teil für den Fall der Krankheit gesorgt. Durch die bisher niedrige Festsetzung des Grundlohnes waren die Krankenkassen nicht in der Lage, ein höheres Krankengeld wie bis zu 15 M. pro Tag zu zahlen. Da nur in den allerwenigsten Fällen die Arbeiter bei längerer Krankheit Zuschüsse leisteten, mußten bei dieser geringen Beihilfe die Erkrankten und ihre Angehörigen oftmals das Notwendigste entbehren. Das hatte die natürliche Folge, daß bei einer Heilung eine Verschlimmerung der Krankheit durch mangelnde Pflege und Ernährung eintrat. Um die Krankenversicherung nicht völlig illusorisch zu machen, mußten daher bedeutende Heraushebungen der geldlichen Leistungen der Krankenkassen möglich gemacht werden. Dieses Ziel ist erreicht worden durch Heraushebung des Grundlohnes. Nach diesem richten sich die Entschädigungen der Krankenkassen im Falle der Krankheit, ebenso die Berechnung der Beiträge. Durch das Gesetz ist der zulässige Höchstbetrag des Grundlohnes auf 80 M. heraufgesetzt worden. Von einer weiteren Heraushebung hat man Abstand genommen, weil die Heraushebung der Grundlöhne auch die Heraushebung der Beiträge mit sich bringt.

Recht nicht gesetzlich festgelegt ist die

Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden.
Vor dem Kriege beschlossen, aber durch ein Notgesetz vom 1. August 1914 zum größten Teil wieder außer Kraft gesetzt wurde. Es ist den örtlichen Behörden überlassen, für ihren Bezirk die Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden zu bestimmen. Da für Berlin durch den Magistrat die Versicherungspflicht ausgesprochen ist, ist es die Aufgabe des Magistrats, auch für diese Kreise die versicherungspflichtige Einkommensgrenze ebenfalls umgebend auf 40 000 Mark zu erhöhen. Es muß verhindert werden, daß wiederum wie bei der letzten Heraushebung, der Magistrat erst nach Jahren dazu kommt, die neue Höchstsumme festzusetzen.

freiwillig Weiterversicherten.

Bisher war es denen nur gestattet, sich in der Stufe weiter zu versichern, der sie zuletzt als versicherungspflichtiges Mitglied angehört hatten. Neuerdings ist die Möglichkeit gegeben, im Falle einer Mindereinkommens die Versicherung in eine niedrigere Stufe zu beantragen. Der Kassenvorstand muß einem diesbezüglichen, begründeten Antrag Folge leisten. Um die Durchführung des Gesetzes zu beschleunigen, ist genehmigt worden, daß die aus dem neuen Gesetze sich ergebenden Änderungen von den Kassenvorständen ohne Zusammenberufung der Ausschüsse beschlossen werden können.

Derung von den Kassenvorständen ohne Zusammenberufung der Ausschüsse beschlossen werden können.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin

hat demzufolge beschlossen, ab 1. Januar den Höchstgrundlohn auf 60 M. festzusetzen. Die Stufeneinteilung ist von 12 auf 10 geändert und stuft sich nach je 6 M. ab. Das Krankengeld beträgt die Hälfte des Grundlohnes. Für die erste Stufe werden pro Tag 3 M., für jede weitere Stufe ebenfalls 3 M. bis zur 10. Stufe 30 M. Krankengeld gezahlt.

Obwohl es den Krankenkassen gestattet ist, bis zu 10 Prozent des Grundlohnes als Beitrag zu erheben, hat die hiesige Kasse beschlossen, nur 7 Prozent zu erheben, so daß der niedrigste Beitrag pro Tag 0,42 M. und

für die höchste Klasse 4,20 M. Beitrag pro Tag

beträgt. Diese bedeutende Heraushebung der Beiträge wird eine nicht unbedeutliche Belastung der Arbeitnehmer mit sich bringen. In vielen Fällen wird der vom Arbeitnehmer zu zahlende Krankenkassenbeitrag ab 1. Januar über 20 M. wöchentlich betragen. Es wird die Aufgabe der Gewerkschaften sein, bei dem Neuabschluss von Tarifen darauf zu dringen, daß auch dieser Mehrbelastung der Arbeitnehmer durch entsprechende Lohnausbesserung Rechnung getragen wird.

Eine Folge dieser Beitragserhöhung wird unausbleiblich darin bestehen, daß wiederum erneut ein großer Teil Versicherungspflichtiger sich den Ersatzklassen zuwendet. Diese Wirkung ist umso bedauerlicher, weil dadurch nicht nur die Versicherten, sondern auch die Krankenkassenmitglieder geschädigt werden.

Bei der Berliner Ortskrankenkasse sind zur Zeit etwa 520 000 Arbeitnehmer versichert. Durch Einführung der freien Arztwahl sind jetzt 3299 Ärzte für die in den Krankenkassen versicherten tätig. Allein 2400 Betten werden von der Allgemeinen Ortskrankenkasse in den Berliner Krankenhäusern täglich belegt. Die dafür von den Krankenkassen zu zahlende Entschädigung pro Mitglied und Tag beträgt 40 M.

So gut wie keine Fortschritte macht.

Die Einführung der Familienversicherung

für alle Krankenkassenmitglieder in Groß-Berlin. Trotz des energischen Bestrebens der hiesigen Kassenvorstände scheiterte die Einführung dieses Versicherungszweiges an dem Widerstand der Ärzte, die nach der Auffassung der Kassenvorstände nicht erfüllbare Forderungen stellten.

Obwohl die Kassenvorstände bereit waren, für alle schweren Fälle, wie Entbindungen, Operationen und ähnliches Entschädigungen zu zahlen, kam es zu keiner Vereinbarung. Die Kassenvorstände sind deshalb vorläufig zu dem Notbehelf gekommen, den

Familienmitgliedern der Versicherten freie Krankenhausbehandlung

zu gewähren. Es wird uns mitgeteilt, daß die Kassenvorstände trotzdem weiter bemüht bleiben, die allgemeine Versorgung aller Angehörigen der Versicherungspflichtigen mit Arzt und Arznei durchzuführen. Im Interesse der Volksgesundheit ist es dringend zu wünschen, daß diese Bemühungen baldigst von Erfolg gekrönt werden. Auch die Ärzte sollten aus eigenem Interesse dazu beitragen, daß die ärztliche Versorgung für das gesamte Volk durch die Einführung der Familienversicherung herbeigeführt wird.

Das städtische Ernährungsamt gibt bekannt: Wegen Unterbindung der Kartoffelfuhr durch den ankaltenden Frost der letzten Wochen werden ab Montag, den 19. Dezember, in dieser Woche neben der üblichen Proportion auf die untere Hälfte des Höchstmaßes 22 (zweiundzwanzig) der Lebensmittelkarte (große Zahl) 500 Gramm Gebäck abgegeben.

Groß-Berliner Invalidenhilfe. Die furchtbare Not der erwerbsbeschränkten und erwerbsunfähigen Invaliden, Alten und Witwen hat die Kreise der Berliner Stadtverordneten, Behörden und Organisationen veranlaßt, einen Hilfsausschuß für die Stadt-

gemeinde Groß-Berlin zu bilden. Der zusammengetretene Hauptausschuß wendet sich nunmehr an die gesamte Öffentlichkeit mit der Bitte, diese Hilfsaktion zu fördern. Spenden werden erbeten unter: „Groß-Berliner Invalidenhilfe“, Berlin W 8, Jägerstr. 11, Postfachkonto Berlin Nr. 120 000. Auch werden Spenden von allen Berliner Großbanken, den städtischen Sparkassen und Bezirksamtskassen entgegengenommen. Die Geschäftsstelle dieses Blattes ist gern bereit, ebenfalls Spenden entgegenzunehmen.

Die geprellten Portiers

Seit 4 Jahren verhandelt die Organisation der Portiers, Heizer und Fahrstuhlführer mit dem Bund „Berliner Grundbesitzervereine und dem Verband der Geschäfts- und Industrie-Hausbesitzer, zwecks Abschluß eines ertragsfähigen Lehnabkommens.

Die Verhandlungen waren schließlich in Schiedssprüche, die zwar entfernt den tatsächlichen Verhältnissen entsprachen, aber trotzdem von den Arbeitnehmern angenommen wurden, während sie von den Hausbesitzern wegen angeblicher Unerfüllbarkeit abgelehnt wurden.

In langwierigen Verhandlungen vor dem Demolitionsausschuß wurden nun den Hausbesitzern namhafte Mieterhöhungen seitens der Stadt zugestimmt, die, wie ausdrücklich bestimmt wurde, zur Aufbesserung der Löhne der Portiers, Heizer und Fahrstuhlführer verwendet werden sollten. Schließlich ließen die Mieterhöhungen in voller Höhe in die Taschen der Hausbesitzer, die sich unter allerhand leeren Ausreden weigern, die Schiedssprüche anzuerkennen, weil ihnen die Erhöhung der Miete nicht weit genug geht. Als die geprellten Arbeitnehmer daraufhin in den Streik traten, kam es zu neuen Verhandlungen vor dem Demolitionsausschuß, der sich von den Hausbesitzern vollkommen einwinkeln ließ. Die Herrschaften erörtern, daß sie auch jetzt, nach der bewilligten Mieterhöhung, nicht in der Lage seien, den Hausangestellten auch nur einen Fennig mehr Lohn zu zahlen. Dieses Argument leuchtete dem Demolitionsausschuß ein. Die Portiers dürfen weiter hungern und verlumpen.

Man muß schon Jurist sein, um zu begreifen, daß, nachdem unter dem Drohmittel des Streiks, mit Hilfe des Oberpräsidenten, Mieterhöhungen von 50-120 Prozent bewilligt sind, damit die Hausangestellten entsprechend dem Schiedsspruch entlohnt werden können, dann von demselben Oberpräsidenten anerkannt wird, daß trotz der Erhöhung der Mieten die Löhne nicht gezahlt werden können. Hätte die Mieteerschaft es noch verstanden und wenn auch schwerer Herzens gebilligt, daß die Mieten erhöht werden, um etwa 25 000 Portiers, Heizer, Fahrstuhlführer und Hausreiniger eine geringe Aufbesserung ihrer geradezu jammervollen Entlohnung zu gewährleisten, so wird die gesamte Mieteerschaft und mit ihr die organisierte Arbeiterschaft es ablehnen, daß eine im tiefsten Grade störende Arbeitsgruppe dazu benutzt wird, um den unerfülllichen Hauspapst als Botspann zu dienen, ihre kapitalistischen Forderungen durchzusetzen. Der Magistrat Berlin hat es leider verkannt, einen bestimmten Prozentsatz der bewilligten Erhöhungen für die Abgeltung der Portierlöhne festzusetzen. Es ist unbedingt zu fordern, daß dies noch nachträglich geschieht.

Gefährte Brotkartenschieber

Gegen 15 Angeklagte begann gestern vor dem Landgericht am Landgericht II eine auf drei Tage berechnete Verhandlung einer Anklage wegen Brotkartendiebstahls, gemeinshafter Hehlerei und Vornehms gegen die Reichsgerichtsordnung. Der Hauptangeklagte, Gemeindefeldbeamter Erich Philipp hat in der Gemeinde Mariendorf in den Jahren 1919-1921 zehn- und eine Reihe von Brotkarten sich rechtswidrig angeeignet und hat sie dann an eine Reihe von Leuten verkauft, die sie ihrerseits in der Artillerie, Münzstrafe und Umgebend weiter vertrieben. Um das Fehlen von Brotkarten-Vielbesitzern höherer Ziffern eingeleitet, als sie tatsächlich an Brotkarten abgeliefert hatten. Dadurch soll bewirkt worden sein, daß den Bäckern Mehlmengen über größere Mengen als ihnen nach Maßgabe ihrer abgelieferten Brotkarten zuhanden, ausgehändigt wurden und ihnen somit auch größere Mehlmengen als ihnen zustanden, verabreicht worden sind. Philipp ist im großen und ganzen geständig, die übrigen Angeklagten, insbesondere drei mitangeklagte Frauen behaupten ihre Schuld. Den Angeklagten stehen 12 Rechtsanwältinnen als Verteidiger zur Seite. Es sind 40 Zeugen geladen.

Der einzige Weg

Roman von Paul Rebouz

Uebersetzt von Rudolf Hübner

Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H. Leipzig.

(Fortsetzung.)

Die bittere Wahrheit.

Ein Telegramm lag geöffnet auf dem Schreibtisch. Yvonne schäufelte damit, wagte aber nicht, es zu lesen. Gern hätte sie den Inhalt erfahren. Réal unterhielt sich damit, sie auf die Probe zu stellen.

Endlich erstörte er sie:

„Wissen Sie, was dieses Telegramm enthält?“

„Nein, aber ich möchte es gern wissen.“

„Eine amerikanische Zeitschrift klobelt mit um einen Artikel von fünfhundert Zeilen über Frankreich und seine Stellung in Europa vor dem Kriege... Nun, mein Kind, freuen Sie sich, ich werde Frankreich großes Lob spenden. Nur möchte ich mich nicht mit leeren Phrasen begnügen. Ich will eine gut belegte Darstellung geben, die auf Zahlen begründet ist. Ich bitte Sie um folgendes: Gehen Sie doch heute morgen zum Sozialmuseum und sehen Sie das französische Jahrbuch für Statistik durch. Es gibt ferner verschiedene Veröffentlichungen des Arbeitsministeriums. Lassen Sie sich auch die Darstellungen des Finanzministeriums, die Berichte der Steuer- und Zollbehörden, der Konsuln, der Handelsattachés geben... Dann, bitte, machen Sie mir genaue Aufstellungen über den Stand Frankreichs, vergleichen Sie mit den anderen Mächten, nach den Ergebnissen einer Reihe von Jahren...“

Sie hat um genauere Angaben.
„Verzeichnen Sie zum Beispiel den mittleren Getreideertrag für den Hektar, verglichen mit Deutschland, England, Belgien, Holland. Wir haben den fruchtbarsten Boden in Europa. Da müssen wir an der Spitze stehen. Verzeichnen Sie auch die jährlichen Erträge an Kohle, Stahl, Gußeisen; die Aus- und Einfuhr. Ich möchte unsere Stellung auf dem Weltmarkt zeigen. Es gibt da wohl Schwache und Starke: die Handelsflotte, den Alkoholismus, die Entvölkerung. Vermerken Sie auch das. Wir werden uns nichts erkaufen, aber wir wollen doch sehen, ob die Schwarzseher Recht sind... So, machen Sie sich auf und kommen Sie morgen früh mit einer reichen Ernte...“

Am nächsten Morgen legte sie Réal wortlos ein Paket beschriebener Blätter vor.

„Na und?“ fragte er wohlgefaunt.

Er unterbrach sich und sah sie an:

„Was ist denn los? Ist Ihnen nicht wohl?“

Ihr blaßes Gesicht hatte einen schmerzlichen Ausdruck. Sie flüsterte:

„Es ist furchtbar...“

„Ja, was denn?“

„Das, was ich Ihnen bringe.“

Sie berichtete, daß sie nach seiner Anweisung die erforderlichen Nachschlagewerke eingesehen, die offiziellen Statistiken nachgeprüft habe. Das Ergebnis ihrer Arbeit habe sie in Bestürzung versetzt.

„Frankreich hat doch einmal etwas bedeutet, und jetzt sind wir so weit...“

Sie sah so niedergeschlagen aus, daß Réal beinahe barsch ausrief:

„Was erzählen Sie mir denn da... Her mit Ihren berühmten Zahlen, wir werden schon sehen.“

Er entfaltete die Blätter. Yvonne hatte in ihrer großen Schrift Worte und Zahlen aufgezeichnet. Alles war deutlich, übersichtlich und zuverlässigsten Quellen entnommen. Es ergab sich, daß Frankreich bezüglich der Fruchtbarkeit seines Landes an sechster Stelle stand; mit der Vermehrung seiner Bodenprodukte während der letzten siebenundzwanzig Jahre an dritter, mit der Vermehrung seiner Ausfuhr in achtunddreißig Jahren an fünfter Stelle; daß man im Jahre 1919 für fast dreißig Milliarden aus dem Ausland eingekauft hatte. Während im Jahre 1914 die Handelsflotte 114 052 Tonnen vom Stapel gelassen hatte, waren es 1918 nur noch 13 715 Tonnen gewesen. Nach der Poststatistik nahm Frankreich mit seinem Briefverkehr den sechsten Platz in Europa ein.

Das Elsaß war nach fünfzigjähriger deutscher Herrschaft in der Gesamtkultur bedeutend weiter vorgeschritten als die benachbarten französischen Bezirke. Frankreich brachte eine im Vergleich zu Japan, Deutschland, England, Italien jämmerlich geringe Bücherzahl alljährlich auf den Markt. Aber dafür war Frankreich — im Gegensatz zu Deutschland, Nordamerika, England — ein Land des steigenden Alkoholkonsums; dementsprechend hatte sich in dreißig Jahren die Zahl der Gasthäuser um 120 000 vermehrt, so daß 1911 in Frankreich auf je 82 Einwohner ein Gasthaus kam (in Deutschland auf je 246, in England auf je 430). Die Ent-

völkerung nahm zu. Unter dem ersten Kaiserreich hatte sich die Bevölkerung um 5,15 Prozent vermehrt, 1871 nur noch um 0,67 Prozent. Im Jahre 1918 hatten in den nicht belebten Gebieten die Todesfälle um 383 000 die Geburten überwogen. Alles in allem war zwischen den beiden Kriegen (1871-1918) die französische Bevölkerung um 9 Prozent, die deutsche um 61 Prozent, die amerikanische um 141 Prozent gestiegen. Im Jahre 1700 standen die Franzosen zur Gesamtbevölkerung Europas 40 zu 100, im Jahre 1880 wie 13 zu 100...

Lange Zeit sahen die beiden völlig verstummt, niedergeschmeitert. Endlich bekannte Yvonne voll Schmerz:

„So hatte er doch recht, dieser Deutsche von neulich. Aber wodurch sind wir so tief gesunken?“

„Es ist die Folge unserer Trägheit, unserer Selbstzufriedenheit. Wir begnügen uns mit Gerede. Wir sind feindlich, kleinlich, neidisch. Und, man muß den Mut zur Wahrheit haben... wir sind alt...“

Sie hatte wieder einen Anfall von Auflehnung:

„Sprechen Sie doch so etwas nicht aus!“

Er erhob sich und ging durchs Zimmer.

„Was nützt der Widerspruch! Tatsachen sind unwiderleglich. Unsere Behauptung, wir seien das geistreichste, ritterlichste, tapferste, bewundernswürdigste Volk, kommt nicht gegen die Beweiskraft der Zahlen auf, die Sie selbst mir gegeben haben.“

„Wir dürfen unser Vaterland nicht in den Staub ziehen.“

Er versetzte hart:

„Ja, ja, diese Tatsachen sind nicht angenehm für den patriotischen Stolz.“

„Ich bitte Sie, sprechen Sie nicht weiter, mir ist, als wollten Sie Ihr Vaterland anspeien.“

Sie hatte sich ihm zuwandte und zitterte in einer Enttäuschung, die sie noch verschönte.

Sie lächelte beide unter der Erschütterung, die sie durchgemacht hatten. Réal beruhigte sich zuerst.

„Sie haben mir da etwas sehr Kränkendes gesagt, mein Kind. Aber ich verstehe Sie. Das ist ganz natürlich. Ich bin Ihnen nicht böse.“

Sofort legte sich Yvonne Erregung.

„Sie haben recht. Ich bitte Sie um Verzeihung. Aber ich bin seit gestern so nervös. Ich kann all diese schrecklichen Vergleiche nicht loswerden. Sie wissen, wie sehr ich mein Vaterland liebe. Vielleicht, ich gebe es zu, einseitigerweise... Und heute bin ich ganz außer Rand und Band...“

(Fortsetzung folgt.)

Streik der Kraftdroschkenbesitzer

Dem in ihrer letzten Vollversammlung gefassten Beschlusse gemäß sind die Kraftdroschkenbesitzer in der Nacht von Sonntag auf Montag pünktlich um 12 Uhr in den Streik getreten. Fahrten wurden von diesem Augenblick nicht mehr angenommen und nur die bereits begonnenen noch erledigt. Vom Verein der Kraftdroschkenbesitzer wird erklärt, daß der Streik so lange dauern werde, bis der Magistrat dem Wunsch der Kraftdroschkenbesitzer auf Einführung einer Pauschalsteuer statt der Einzelsteuer nachgegeben sein werde. Die Kraftdroschkenbesitzer erklären, daß eine geordnete Buchführung durch die Chauffeure nicht durchzuführen sei, und daß die Steuer ewige Streitigkeiten mit den Fahrgästen im Gefolge haben werde. Sie seien daher den sehr hohen Strafen, die im Einzelfalle 500 bis 1000 Mark betragen, schuldlos preisgegeben. Sie wünschen die Pauschalbesteuerung in der Weise, daß je Wagen und Jahr viertel- oder halbjährlich ein bestimmter Betrag an das Steueramt abgeführt werde, der dem ungefähren Umsatz angepaßt ist. Dieser Betrag könne dann leicht in den Fahrpreis einberechnet werden. Auch die wanzigfache Taxe 3 wird von ihnen für zu niedrig erklärt angesichts der neuerdings wieder um 30 Prozent gestiegenen Gummipreise, nach denen heute ein Pneumatikreifen 7000 Mark kostet.

Durch den Streik der Kraftdroschkenbesitzer werden rund 2000 Chauffeure betroffen, da diese von den Besitzern entlassen worden sind.

Weitere Sturmschäden

Außer den bereits gemeldeten Schäden hat der Sturm noch weiteres Unheil angerichtet. In der Marktstraße in Charlottenburg hat der Sturm einen Baum umgestoßen. Dieser stürzte auf den Zeitungsträger der „Elektrischen“ und zertrümmerte ihn. Die Verletzung dauerte etwa 1 1/2 Stunden.

Der Milchhändler Josef Seiffert wurde vor dem Hause Bismarckstraße durch herabfallende Ziegelsteine getroffen und verletzt. Er mußte nach der nächsten Rettungsstelle gebracht werden. Starke Beschädigung wurde das Dach des Hauses Haselstraße 16 in Charlottenburg.

An der Südseite des Lustgartens entführte der starke Wind dem 62 Jahre alten Droschkenkutscher, Adolf Meißel, den Hut. Als er dem Flüchtling nachließ, taunte er blindlings gegen eine Kraftdroschke und stürzte zu Boden. Er wurde nach der Rettungsstelle in der Ziegelstraße gebracht, wo der Arzt einen Bruch der linken Kniegelenke konstatierte.

Infolge der stürmischen Witterung sind 180 der von Berlin ausgehenden Fernspreitleitungen gestört. Gänzlich unterbrochen ist der Fernspreverkehr mit Gleiwitz, Beuthen, Rattowitz, Hirschberg (Schlesien), Emden, Oldenburg, Ebersfeld, Straßburg, Hirschburg, Rostock, Anklam, Ewinemünde, Steinhilber, Kolberg, Cöslin, Arnswalde, Stolp, Jüterburg, Königsberg i. Pr., Osterode, Rührten. Im Fernspreverkehr mit dem Auslande fehlt die Verbindung mit Budapest, Rotterdam, Kopenhagen und Schweden. Ebenso bestehen im Verkehr des Haupttelegraphenamts nach außerhalb Störungen nach allen Richtungen, in besonderem Umfange nach West- und Süddeutschland. Der Telegrammverkehr nach dem Auslande ist unterbrochen mit den drei nördlichen Ländern, ferner mit Wien, Budapest und Zialien.

Der Raubmord in der Wielandstraße

Die Vernehmung der beiden verhafteten Mitbeteiligten an dem Raubmorde in der Wielandstraße zu Charlottenburg, wo, wie wir mitteilten, der Kaufmann Gabriel Alexander erwürgt und beraubt wurde, haben jetzt zur restlosen Aufklärung des schweren Verbrechens geführt. Schon wenige Tage nach Entdeckung der schweren Missetat waren auf Veranlassung des Berliner Mordbereitschaftsdienstes in Dresden zwei der Täter, ein 23 Jahre alter Benedikt Wehner und ein 21 Jahre alter Autoschlosser August Wilhelm Scharowski, verhaftet worden. Die weiteren Feststellungen haben nun ergeben, daß diese einen dritten Spießgesellen gehabt hat, der den Mord ausgeführt hat.

Kein Abbau der gewerkschaftlichen Warenverforgung

Es ist in letzter Zeit von gegnerischen Interessenten das Gerücht verbreitet worden, die Warenverteilungsstellen der Gewerkschaften würden abgebaut und hätten keine Waren mehr zur Verfügung. Es wird festgestellt, daß dies unrichtig ist, daß im Gegenteil ein weiterer Ausbau der hiesigen Verteilungsstellen im Gange ist.

Wie wir erfahren, ist es dem A. D. G. B. gelungen, aus billigen Beständen des Reiches noch eine größere Menge Waren

herbeizuschaffen. Insbesondere ist es den Bemühungen der Berliner Gewerkschaftskommission und dem preussischen Minister des Innern zu verdanken, wenn nun diese Bestände nächste Woche in den Berliner Verteilungsstellen des A. D. G. B. weit unter dem Tagespreis abgegeben werden können, um der Belieferungsnot damit gerade in der Zeit der empfindlichsten Kälte zu begegnen. Man kann diese Aktion wieder einmal als vollen Erfolg der gewerkschaftlichen Tätigkeit anprechen.

Ein gefährlicher Kinderfreund. Gestern abend wurde ein pensionierter Kanzleibeamter auf die Wache gebracht, der sich in dem „Roland-Kino“ Ecke der Post- und Spandauerstraße an Schulmädchen herangemacht und sie durch Geldgeschenke und Schokolade an sich gelockt hatte. In dem dunklen Kino nahm er dann unzuchtige Handlungen mit ihnen vor. Der Mann war bereits wiederholt wegen ähnlicher Vergehen festgenommen und vor Gericht gestellt worden, mußte aber stets wieder entlassen werden, da er geistig anormal ist.

Raubüberfall im Laden. Gestern nachmittag wurde auf den Geschäftsführer Lachmann, als dieser sich allein in dem Kaiser-Geschäft in der Hermannstraße 55 zu Neuföhren befand, ein dreier Raubüberfall verübt. Fünf junge Varieten stürzten plötzlich in den Laden, fielen über den wehrlosen Mann her und schlugen solange auf ihn ein, bis er zusammensackte. Der Verletzte vermochte jedoch noch um Hilfe zu rufen. Das veranlaßte die Räuber, den Laden bald wieder zu verlassen und die Flucht zu ergreifen. Sie sind auch alle unerkannt entkommen.

Brandmarlung der Wucherer. Nach einem Entwurf, den der Reichstag am Sonnabend verabschiedet hat, werden bei vorsätzlicher Zuwiderhandlung gegen Wucher, Schleichhandel die Namen der Schieber und Wucherer jetzt öffentlich bekannt gemacht, entweder durch Inserat oder Veröffentlichung an öffentlichen Orten (Geschäftsraum des Täters, Anschlagtaulen). Die Kosten trägt der Täter.

Schaufenster-Wettbewerb. Die Firma Kurt Kripf in Magdeburg, die bekannte Herstellerin des Hühneraugenmittels „Kufitol“, hat vor einigen Monaten einen Wettbewerb ausgeschrieben, an welchem sich jeder Inhaber einer Drogerie beteiligen konnte. Als Preise waren insgesamt 15.000 M. in bar ausgeworfen. Anmeldungen gingen der Firma in großer Zahl zu, und die Beteiligung war recht groß, so daß das Preisrichter-Kollegium, welches aus gewiegenen Fachleuten in der Dekorationskunst bestand, einen recht schweren Stand hatte. Wie wir erfahren, ist der 1. Preis von 2000 M. nach Darmstadt gefallen, der 2. Preis von 1000 M. nach Darmstadt. Zu den Preisträgern zählen auch sieben Berliner Drogerien. Wir beglückwünschen die Herren Preisträger zu ihren Erfolgen und rufen ihnen ein „Glück auf“ zu weiterem Schaffen zu.

Die Teuerungsziffer für Groß-Berlin ist nach den amtlichen Feststellungen des Statistischen Reichsamtes von 1920 im Oktober auf 1367 im November gestiegen. Das bedeutet gegenüber der Mai-Ziffer eine Steigerung um 62 Prozent. Die Unterhaltsrente für uneheliche Kinder von Müttern einfacheren Standes muß daher bereits wieder entsprechend erhöht werden. Der für Groß-Berlin erteilte Unterhaltslohn beträgt mit Wirkung vom 1. Dezember 324 M. monatlich oder 872 M. vierteljährlich.

Halb Berlin ohne Weihnachtsbäume. Wenn nicht noch in den nächsten Tagen eine Aenderung eintritt, was aber schwerlich zu erwarten ist, wird diesmal in mehr als der Hälfte der Groß-Berliner Familien kein Weihnachtsbaum leuchten. Die Kosten sind so hoch geworden, daß nur wenige Kleinhandler das Anlagekapital zum Ankauf größerer Bestände für den Straßenverkauf riskieren. Ein Baum von zwei Meter Höhe kostet gegenwärtig 50-60 Mark. Die Preise für bessere Tannen gehen in die Hunderte. Diese Notlage hat bereits dazu geführt, daß recht zahlreiche Bäumchen aus den umliegenden Wäldungen „requiriert“ werden, obwohl die Forstbeamten scharfe Wacht halten.

Zu den Weihnachtsbescherungen, die zwischen Berlin und Ostpreußen am 22. und 23. d. M. gefahren werden, beginnt der Fahrkartenverkauf heute Dienstag, den 20., bei der besonders eingerichteten Sonderfahrkartenerkaufsstelle am Potsdamer Fernbahnhof. Die beiden Züge werden demnach am 22. Uhr abends von Charlottenburg abfahren und bis Königsberg verkehren. Die Fahrkarten, die für die Hin- und Rückreise zu einem ermäßigten Satze ausgegeben werden, wobei die Hinreise in einem der beiden Sonderzüge, die Rückreise jedoch in einem fahrplanmäßigen Zuge zurückgelegt werden kann, berechtigen zur Benutzung in der Richtung Königsberg-Berlin bis zum 31. Dezember d. J.

Die Wahl zur Reichsfrauentonferenz

Als Delegierte zur Reichsfrauentonferenz in Leipzig wurden gewählt:

für Groß-Berlin: Martha Demmig, Margarete Bengels, Anna Schubert, Bertha Lungwig, Ella Seger;

für die Provinz Brandenburg: Frau Staack, Potsdam, Frau Vitz, Spremberg, Frau Liebenow, Luckenwalde.

Bekanntmachung

der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Die Auszahlung der Anteile für die mit dem 31. Dezember d. J. auscheidenden Mitglieder der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., findet in folgenden Terminen statt:

für die Nummern 1-2000 am Dienstag, den 27. Dez. 1921, für die Nummern 2001-4000 am Mittwoch, den 28. Dez. 1921, für die Nummern 4001-6000 am Donnerstag, den 29. Dez. 1921, für die Nummern 6001-9000 am Freitag, den 30. Dez. 1921.

Die Auszahlung erfolgt an der im Vorderhaus, Parterre, Breite Straße 8-9, gelegenen Kasse an vorstehenden Tagen in der Zeit von 4 bis 6 Uhr. Sämtliche im Besitz der auscheidenden Mitglieder befindlichen Papiere sind bei der Auszahlung abzuliefern, da sonst die Auszahlung nicht erfolgen kann. Bei Stellung eines Vertreters ist diesem eine Vollmacht des auscheidenden Mitgliedes mitzugeben.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Der Vorstand.

U.S.P.D.-Holzarbeiter

Heute, Dienstag, abends 6 1/2 Uhr, findet in der Schulaula Petersburger Straße 4 eine wichtige Versammlung sämtlicher U.S.P.D.-Genossen, die im Holzarbeiter-Verband organisiert sind, statt. Referent: Gen. Reichstagsabgeordneter Franz Künzler. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Werbeausflug U.S.P.D.-Holzarbeiter.

Arbeiter Sport

Schwimmverein „Wormke“ Berlin 1897, Gruppe Hakenberg. Am 2. Weihnachtstag, den 26. Dezember, in den „Mackensen-Sälen“, Marktstadenmarkt Nr. 37, Weihnachtsfeier mit anschließendem geistlichen Beisammeln (Wortbespr., Ges., Gesangs u. m.). Beginn abends 8 Uhr. Um rege Beteiligung wird gebeten. Gabe herzlich willkommen.

Parteiveranstaltungen

1. Mittwoch. Die Kinderreden müssen wegen Erkrankung ausfallen. Abberet wird nach Mitteilung.

Dienstag, 20. Dezember

Charlottenburg. Abends 8 Uhr Funktionär-Versammlung, Kommunale Kommission, Bezirksvereine und Stadtbezirksräte im Sitzungszimmer 2 des Charlottenburger Rathauses.

Mittwoch, 21. Dezember

11. Gewerkschaftstag (Mit. Lesung und Vortragsabend). Abends 7 1/2 Uhr Sitzung des Reichsgewerkschaftsrates und der daran interessierten Genossen bei Kötter, Kleinschütz, 23. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, Gabelnde abzugeben beim Genossen Jank, Berlinstr. 33 und Genossen Gamp, Gend. 62.

7. Bezirk. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich an der Einberufung unseres vorherigen Genossen Franz Huber zu beteiligen. Die Versammlung findet nachmittags 4 Uhr in der großen Halle des Kammerlins Gerichtshofes statt.

20. Bezirk (Königsberg). Abends 7 Uhr letzte Besprechung bei Vitz, Kunnstraße 2.

21. Bezirk. Nachm. 4 Uhr Weihnachtsfeier der benachteiligten Kinder im Lokal vermalis Weißhäger, Unterstr. 21.

Bereinstander

Dienstag, 20. Dezember.

Zentralverband der Kasseisten, Herren- und Damenkonfektion, Damen- und Mädchenkonfektion, Blumen- und Kleiderkonfektion, Herrenwägenkonfektion. Nachm. 5 Uhr Funktionär-Versammlung im Schulhof-Kaufhaus, Neue Jakob Straße 24-25.

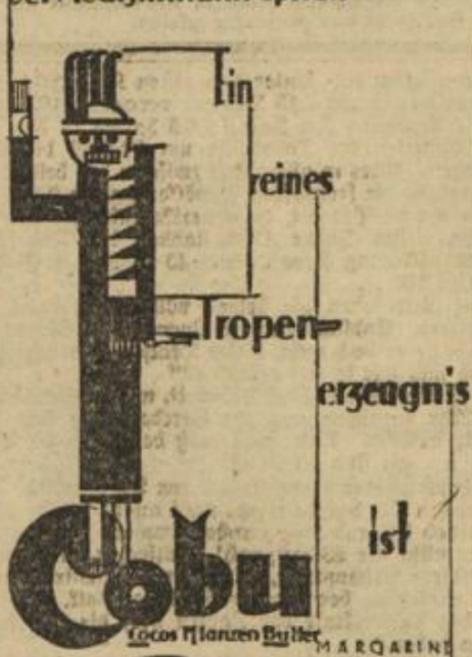
Mittwoch, 21. Dezember

Deutscher Transportarbeiter-Verband. (Chemische Branche). Abends 7 Uhr allgemeine Funktionärversammlung aller Untergruppen im Schulhof-Kaufhaus, Neue Jakobstr. 24-25, Eing. Schulhofstr.

Internationaler Bund, Ortsgruppe Köpenick. Abends 7 Uhr Weihnachtsbesprechung für die Kinder der Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen in der Schloßstraße.

Vogelstille der Feinweberei und Oeffl. Abends 7 Uhr öffentliche Beisammelung der Angehörigen der obigen Industrie im Variete-Saal des Schulhof-Kaufhauses, Neue Jakobstr. 24-25. Folgende wichtige Entscheidung über die Aufnahme oder Ablehnung der neuen Schichtfolge ist das Erscheinen aller Kollektivisten und Kollegen dieser Industrie notwendig. Uhr-Bund, Ortsgruppe Groß-Berlin.

Der Medkinmann spricht



Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F.A. Jäcker & Co. AG
Ebersfeld und Berlin-Pichelsdorf.

Generalvertretung:

FRANZ JOS. GFRÜRER, Berlin W 50
Ansbacher Str. 56 • Fernspr.: Steinpl. 4848 u. 12144

Genoffinnen und Genoffen lauff
nur bei unseren Inserenten!

Auf Teilzahlung

sehr preiswert
große Auswahl
moderner

Anzüge
Schlüpfer
Ulster
Paletots
Cutaways
gestr. Hosen
Damen-
Mäntel
Kostüme
Kleider
Röcke

H. Tyra & Co.
Beußelstr. 20

Bequeme
Abzahlung

Billig

Röcke, Blusen,
Kleider, Mäntel,
Strickjacken,
eleg. Ballkleider
STRELOW
Traskowstr. 21
am Wörtherplatz

3 außerordentlich
preiswerte Angebote:

Sehr passende
Weihnachtsgeschenke



Ein elegant ausgestatt. mit
ac. bis 100 schließel. „Al-
pakka“ gestemp. kompl. jetzt

63.-



Einzelne große
Aluminium-Schmortöpfe
24 cm Durchmesser, 4 1/2 Liter
Inhalt, mit Deckel, . . . jetzt

65.-

Komp. etc. Sätze
Aluminium-Schmortöpfe
8 Stück, 16 - 22 cm Durch-
messer, mit Deckel, . . . jetzt

145.-

Unglaublich billig

sind alle die vielen Artikel, die wir
trotz der ungeheuren Preissteigerung
auf dem Metallmarkt in unserem

großen Weihnachtsverkauf

anbieten!

Wir verkaufen noch weiter, soweit Vorrat:

Alpakka-Kaffeelöffel Stück 8,50
Alpakka-Eßlöffel Stück 12,50
Alpakka-Eßbestecke Paar 28.-
Alpakka-Kinder-Eßbestecke Paar 26.-
Alpakka-Luxus-Kaffeelöffel Stück 14.-
Alpakka-Luxus-Eßlöffel Stück 26.-
Alpakka-Luxus-Eßbestecke Paar 56.-
Alpakka-Lux.-Kinder-Eßbestecke Paar 51.-
Alpakka-Lux.-Eßbestecke mit 60 % Silberauflage
Paar 123.-

Alpakka versilb. Damenhandschuhe
jetzt 199.- bis 230.-

Alpakka-San cenalöffel, Gemü-
söffel, Schöpföffel u. vieles andere **spotbillig!**

Nach außerhalb Versand nur gegen Vor-einsendung
des Betrages und 10 M. für Porto und Verpackung

Franz Borowicz

Metallwaren-Industrie
Berlin 50 20, Waldemarstr. 27, vorn part.
1 Minute vom Moritzplatz, Oranienplatz u. Görlitzer Bf.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr 4675 und 4676.

Geschäftszeit von 10 bis 7

Erläuterungen zum Entwurf des Agrarprogramms

Von Karl Marzionini.

II.*

Daß die Fideikommission, sowie alle Privilegien, alle Ueberreste aus der Feudalität, beseitigt werden müssen, ist selbstverständlich. Die Novemberrevolution hat hier — wie auf vielen anderen Gebieten — keine gründliche Arbeit geleistet. Gewiß wurde die Aufhebung der Fideikommission beschlossen, die Durchführung liegt aber auf Grund von Ausführungsgelegenheit und Verordnungen in den Händen einer Bürokratie, deren maßgebende Organe reaktionär und monarchistisch gesinnt sind.

Nach der Enteignung der Großbetriebe ist ihre planmäßige Bewirtschaftung nach den technisch besten Methoden einzuleiten und durchzuführen. Die Anwendung der Elektrizität, der Wasserkraft, aller maschinellen Arbeitsmittel hat im weitesten Maße zu erfolgen, soweit gesellschaftliche Mittel dazu vorhanden sind. Und es kann auf diesem Gebiete etwas geleistet werden. Heute befindet sich die Technik in der Landwirtschaft vielfach erst in ihren Anfängen. Gerade die sozialistische Bedarfswirtschaft ist in der Lage, die Technik zur vollen Entfaltung zu bringen, zur Steigerung des Ertrages und zum Segen der in der Agrarwirtschaft produktiv Tätigen, denen die Arbeit wesentlich erleichtert werden kann durch die Anwendung technischer Arbeitsmittel.

Es werden Wirtschaftsbetriebe von bestimmter Größe errichtet. Zahlreiche der heutigen Latifundien sind zu groß für eine intensive Wirtschaft. Hier muß eine zweckmäßigere Einteilung erfolgen. Das Viehwesen muß natürlich ausgebaut werden; ebenso müssen besondere Versuchs-Musterwirtschaften geschaffen werden. Was heute auf diesem Gebiete vorhanden ist, reicht nicht aus. Daß dem landwirtschaftlichen Schul- und Hochschulwesen erhöhte Bedeutung beigemessen werden muß, ist selbstverständlich. Ebenso müssen Wohnungen in ausreichender Zahl und in moderner Ausstattung für produktiv Tätige errichtet werden.

Die Forsten werden planmäßig und nach modernen Grundsätzen bewirtschaftet. Alle Waldungen müssen der Aufsicht, der Kontrolle und den Betriebsplänen unterstehen, die im Interesse des Volkswohls und einer rationellen Waldwirtschaft notwendig sind. Private Jagdrechte fallen fort. Die Jagd wird gleichfalls ein Bestand der Bedarfswirtschaft und nach ihren Richtlinien ausgeübt. Das gleiche gilt für die Fischerei.

Zur Bewirtschaftung und Verwaltung der Großbetriebe wird eine Organisation aufgebaut. Die Republik ist ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, für das die Produktions- und Verteilungspläne, nach den verschiedenen Produktionsgruppen gegliedert, aufgestellt werden.

Die Grundlage dieser Organisation sind die Betriebsräte der einzelnen Großbetriebe. Der Betriebsrat vertritt die produktiv Tätigen eines Betriebes, von denen er gewählt wird. Er regelt und beaufsichtigt zusammen mit der Betriebsleitung alle Angelegenheiten des Betriebes. Er sorgt für den Schutz der produktiv Tätigen und ist um den technischen Ausbau des Betriebes bemüht. Die Betriebsräte eines engeren Produktionsgebietes bilden einen Gemeindebetriebsrat. Ebenso treten die Betriebsräte der Großbetriebe in Verbindung mit den Räten der Mittel- und Kleinbetriebe zur Beratung und Erledigung gemeinsamer Angelegenheiten.

Der Gemeindebetriebsrat überwacht und prüft die Produktion in seinem Gebiet. Er unterbreitet seine Vorschläge dem Kreiswirtschaftsrat, dessen Vertreter von den Gemeindebetriebsräten gewählt wird. Der Kreiswirtschaftsrat wählt die Betriebsleiter, er kontrolliert und regelt die Produktion im Kreise und sorgt für eine Steigerung der Produktion. Die Kreiswirtschaftsräte wählen den Bezirkswirtschaftsrat, der andauernd mit den Kreiswirtschaftsräten in Verbindung steht, um die Produktion im Bezirke planmäßig zu gestalten und zu heben. Der Bezirkswirtschaftsrat steht auch unter Mitwirkung und Mitbestimmung der Vertreter der Klein- und Mittelbetriebe die Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle produktiv Tätigen fest. Die Bezirkswirtschaftsräte wählen Vertreter für den Reichswirtschaftsrat, in dem die Vertreter aller Produktionsgruppen sitzen, der den Wirtschaftsplan für das ganze Wirtschaftsgebiet aufstellt und die allgemeinen Richtlinien festsetzt, die für die Bezirks- und Kreiswirtschaftsräte sowie für die Gemeindebetriebsräte maßgebend sind, und nach denen sie ihre Entscheidungen zu treffen haben. Das ist der große Rahmen für diese Wirtschaftsorganisation, der notwendig ist, wenn die Produktion nach dem Bedarf der Gesellschaft planmäßig geregelt werden soll und wenn die produktiv Tätigen ein Mitberatungs- und Mitbestimmungsrecht erhalten sollen. Jetzt herrscht die Autokratie des Betriebsinhabers im Betriebe. Er bestimmt die Art und den Umfang der Produktion. Der Sozialismus dagegen führt die Betriebsdemokratie ein, für die vor allem die Hebung der Produktion und der technische Ausbau des Betriebes maßgebend sein muß.

Natürlich müssen alle produktiv Tätigen des ganzen Wirtschaftsgebietes die gleichen Rechte haben. Es darf in Zukunft keinen Unterschied zwischen Land- und Industriearbeitern geben. Heute ist der Achtundzweiundzwanzig nicht auf das Land ausgedehnt; einen

Kinderzuschlag gibt es auf dem Lande nicht. Dem Landarbeiter ist das Recht der Freizügigkeit genommen. Er darf nicht in der Industrie beschäftigt werden. Der Landarbeiter hat weniger Rechte auf dem Gebiete der Reichsversicherungsordnung, als der Industriearbeiter. Hier muß die gesetzliche Gleichstellung erfolgen. Ebenso sind die Arbeitsgerichte aufs Land auszudehnen. Die Hebung des Schulwesens, die Errichtung von landwirtschaftlichen Schulen und Hochschulen sowie deren Beschaffung und die Gestaltung des Unterrichts und der sonstigen Einrichtungen nach modernen, nach sozialistischen Grundsätzen, ist selbstverständlich. Für diesen Zweck müssen erhebliche Mittel bereitgestellt werden. Ohne die weitgehendste Anwendung der Wissenschaft und Technik in der Landwirtschaft ist eine erhebliche Steigerung der Produktion nicht zu erreichen. Insbesondere muß auf die Ausbildung der Betriebsleiter großer Wert gelegt werden. Der Sozialismus bietet ihnen eine gesicherte und viel günstigere Existenz. So wird die Sozialisierung der Agrarwirtschaft der arbeitenden Bevölkerung auf der Grundlage der wirtschaftlichen Gleichheit wirkliche Freiheit und Gleichberechtigung bringen.

Moore und Deiland.

Nach einer Denkschrift, die Geheimrat Dr. Pfeiffer dem Landwirtschaftlichen Ministerium in Berlin unterbreitet hat, gibt es heute noch in Deutschland gegen 2 300 000 Hektar Hoch- und Niedermoor mit Zwischenstufen; davon sind 2 000 000 Hektar noch nicht in Kultur genommen. Ferner sind 2 000 000 Hektar Deiland, von denen gegen 1/3 Millionen Hektar ebenfalls noch kulturfähig gemacht werden können. So können 3 1/2 Millionen Hektar Boden in Ackerland, Wiesen oder Weiden überführt werden. Wenn wir annehmen, daß überall Großbetriebe errichtet werden können, so können auf dem urbar gemachten Gelände 7000 neue, 500 Hektar große Betriebe geschaffen werden.

Grundsätzlich müssen wir dafür sein, daß auf dem urbar gemachten Boden nur Großbetriebe mit den modernsten Arbeitsmitteln errichtet werden. Sie werden nach den Grundsätzen bewirtschaftet, die für die übrigen sozialisierten Großbetriebe maßgebend sind. Es wird nicht überall möglich sein, Großbetriebe zu schaffen. Deshalb muß auch die Errichtung von Kleinbetrieben zulässig sein, die von Pächtern nach den Richtlinien der sozialistischen Bedarfswirtschaft bewirtschaftet werden.

Pächtwirtschaften.

Die Betriebe der Großpächter werden gelöst, ihre Betriebe werden sozialisiert, und der Bewirtschaftung der Betriebs- und Wirtschaftsräte unterstellt. Die Abfindung der Großpächter erfolgt nach ähnlichen Grundsätzen, wie sie für die Großgrundbesitzer erlassen werden. Die mittleren und kleineren Pächtwirtschaften bleiben bestehen. Es wird ein modernes Pächtrecht geschaffen, das den Pächtern Mitbestimmungsrecht in allen Pächterangelegenheiten gewährt und ihnen den Schutz verleiht, den sie brauchen. Ihre Betriebe werden auch in den allgemeinen Wirtschaftsplan eingegliedert, soweit sie eine bestimmte Größe haben. Die ganz kleinen Pächtbetriebe wie die kleinsten Eigenbetriebe, in denen nicht mehr produziert werden kann, wie die Familie selbst verbraucht, können davon ausgenommen werden. Sollte man den gesamten Wirtschafts- und Kontrollapparat auf diese Zwergbetriebe ausdehnen, so würde der Nutzen in keinem Verhältnis zu den Kosten stehen. Selbstverständlich schließt das nicht aus, daß auch diese Wirtschaften das Genossenschaftswesen soweit in Anspruch nehmen, als sie es brauchen und es ihnen Dienste erweisen kann. Ebenso haben sie Anrecht auf gesellschaftliche Hilfe.

Gewerkschaftliches

„Justiz“mißbrauch

Aus der Provinz geht uns ein Urteilspruch zu, der für unsere reaktionären Verhältnisse bezeichnend ist. Die deutsche Verfassung garantiert zwar das volle und uneingeschränkte Koalitionsrecht. Das Gericht in — Hohenlimburg aber erlaubt sich, die Verfassung als ein Stück Papier zu betrachten, das man nicht zu beachten braucht, und es läßt sich daher in amerikanischer „Rechts“-pflege, die mit „Injunctions“ — Einhaltsbefehle — die Arbeiterchaft zu erdroffeln sucht.

In einem Beschluß vom 18. November, und zwar auf Grund des § 826 BGB., §§ 935, 940, 942, 890 ZPO., erlaubt sich das dortige Amtsgericht einzuweisen zu verfügen:

1. Dem Antragsgegner wird aufgegeben, bei Vermeidung einer für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Geldstrafe bis zu 1500 M. es zu unterlassen, die arbeitswilligen Arbeiter der Antragstellerin von der Arbeit bei der Antragstellerin abzuhalten, sie zur Aufgabe der Arbeit bei ihr aufzufordern und zur Annahme anderer Arbeit zu veranlassen.
2. Die Kosten dieser einstweiligen Verfügung werden dem Antragsgegner — Verband — auferlegt.
3. Der Streitwert der einstweiligen Verfügung wird auf 10 000 M. festgesetzt.
4. Der Antragstellerin wird eine Frist von zwei Wochen gestellt, innerhalb welcher sie den Antragsgegner über die Rechtmäßigkeit der einstweiligen Verfügung vor das Gericht der Hauptache zu laden hat.

Diese Klassenjustiz in Reinkultur wird noch dadurch illustriert, daß der dortige Gewerkschaftsbeamte als „Partei-sekretär“ im Urteilspruch benannt wird.

Wir möchten diesen Zustand heute nicht lang und breit besprechen, sondern nur folgendes sagen: Wir haben jetzt einen rechtssozialistischen Reichsjustizminister, der die Aufgabe hätte, der Verkörperung des deutschen Justizwesens entgegenzuarbeiten. Wird Herr Kadbruch Veranlassung nehmen, den Anwendungen seiner Untergebenen ein Ende zu machen, die es sich täglich erlauben, Justiz- und Verfassungsmißbrauch zu treiben?

Wir und auch die rechtssozialistischen Arbeiter sind daran interessiert, ob Kadbruch in der angegebenen Richtung sich zur Aktivität aufraffen wird.

Lohnbewegung der Müllkutscher Methoden der Hausbesitzer

Die Müllkutscher und Arbeiter der Wirtschaftsgenossenschaft hatten der Direktion durch ihre Organisation, den Deutschen Transportarbeiter-Verband, am 1. Dezember ds. Js. Lohnforderungen überreicht. Sie haben sich hierzu gezwungen, da Löhne von 468 Mark für Kutscher, 444 Mark für Schaffner, 429 Mark für Verladearbeiter und 355 Mark wöchentlich für Hofarbeiter völlig unzulänglich sind.

Die Direktion der Wirtschaftsgenossenschaft hat aber jedes Zugeständnis abgelehnt. Motiviert wird dies damit, daß den Hauswirten bei dem jetzigen Mietzins, auch bei der Erhöhung von 70 Prozent ab 1. Januar, nicht zugemutet werden kann, höhere Gebühren für die Müllabfuhr zu zahlen, auch die finanzielle Lage der Gesellschaft es nicht gestattet, höhere Löhne zu bewilligen. Es besteht daher die Gefahr, wenn die Direktion auf ihrem Standpunkt beharrt, der von der Organisation angeforderte Schlichtungsausschuss einen Schiedspruch fällt, der die Arbeiter nicht befriedigt, oder wenn ja, von der Direktion abgelehnt wird, die Arbeitseinstellung in diesem Gewerbe nach den Feiertagen eintreten kann.

Aus dem Verhalten der Wirtschaftsgenossenschaft zu schließen, liegt die Vermutung nahe, daß ein Streik der Müllkutscher den Hausbesitzern gar nicht so unlieb ist, denn man könnte den Streik als Druckmittel auf die Behörden zur Erlangung höherer Mieten, wie sie der Grundbesitzer-Verein von 131 Prozent fordert, benutzen.

Dies lei zunächst der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Die Mitteilung des „Neuköllner Tageblattes“ vom 18. d. Mts., wonach Vertreter des Transportarbeiter-Verbandes wegen Erhöhung der Mieten mit dem Bürgermeister unterhandelt hätten, wird vom Verband als unsinnig bezeichnet.

Betriebsräte!

Die Generalversammlung der Betriebsräte findet am Mittwoch, den 4. Januar 1922, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal IV, statt.

Tagesordnung: 1. Die wirtschaftlichen Forderungen des A. D. G. B. (Referent: Ein Vertreter des A. D. G. B.) 2. Freie Aussprache. 3. Wahl der Unterstützungskommission.

Zutritt haben nur die gewählten Delegierten zur Generalversammlung und die Mitglieder der Gewerkschaftskommission und des Ausschusses der Orts-Asa.

Der Vollzugsrat der F. A. M. S. Niels Eibrecht.

Arbeitsbedingungen in den Moskauer Privatbetrieben

14—16stündige Arbeitszeit und Akkordsystem. Der Moskauer Gewerkschaftsrat hat eine Revision der Arbeitsbedingungen in den Moskauer Privatbetrieben vorgenommen und dabei viele Ueberreizungen der Gehaltsbestimmungen festgestellt. Im ganzen wurden 685 Betriebe untersucht; 377 davon beschäftigten 368 Angestellte. Es handelte sich dabei in der Hauptsache um Kaufhäuser, Versicherungsgeschäfte, kleine mechanische Werkstätten, Bäder, Speisehäuser u. a. Die Anstellung und Entlassung der Angestellten erfolgte fast immer selbständig durch den Besitzer des Betriebes, ohne Vermittlung der Gewerkschaften. Der achtstündige Arbeitstag wurde fast nirgends eingehalten; es wurden Fälle von 10 bis 12, ja von 14 bis 16stündiger Arbeitsdauer festgestellt. Die Bezahlung der Angestellten erfolgte meist nach dem Akkordsystem. Ein Urlaub war nirgends in den Vereinbarungen vorgesehen. Die meisten Angestellten gehörten nicht den betreffenden Gewerkschaften an.

Sammlung für die politischen Gefangenen. In der Funktorenversammlung der Transportarbeiter vom 12. Dezember wurden für die politischen Gefangenen 488,54 Mark gesammelt und bei der „Freiheit“ abgeführt.

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Leo P. L. H. v. Berlin-Neubau; für Annoncen, Inserate und Geschäftsliches: B. K. H. v. Berlin; für den Inhalt und geschäftliche Mitteilungen: E. D. v. Kammerberg, Berlin. — Verlagsveranstaltung: „Freiheit“, a. M. H. v. Berlin. — Druck bei Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin, C. 2, Wille-Str. 5, 6.

*) Siehe auch Nr. 500.

Weihnachts-Verkündigung

★ 10% Rabatt ★
auf sämtliche
Stiefel und Schuhe

Arenstein

Leipziger Straße 91 (Hof)
Wilmersdorfer Str. 57
Turm-Str. 58
Frankfurter Allee 98



Joadimsthaler Straße 6
Königsberger Straße 8
Belle-Alliance-Str. 104
Andreas-Str. 58/59

